INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2[50] DM



Unbekannte Täter durchpflügten den Hanauer Golfplatz in Wilhelmsbad wie die Maulwürfe.

18. November 1993

Nr. 262

Hallo Ihr,

wir müssen noch ein paar dringende Worte zur Sondernummer von letzer Woche loswerden:

Die Datei der BezieherInnen der "Jungen Freiheit" ist 3,5 Jahre alt und allein deshalb nicht mehr aktuell. Manche sind inzwischen sicher schon umgezogen. Die "Junge Freiheit" wird zwar vor allem von Rassisten und Faschisten gelesen, jedoch bietet derartige Lektüre auch ein reichhaltiges Recherchematerial JournalistInnen Linke, Studis, Antifas u.a. Und diese gehören dann natürlich auch zum Kreis der AbonenntInnen und finden sich so leider in unser Sondernummer der letzten Woche wieder. Aus Berlin ist uns schon ein erster Fall von jemanden bekannt, der auf der Liste steht aber mit Sicherheit kein Fascho o.ä. ist.

Es sollte also äußerste Vorsicht im Umgang mit solchen "eindeutigen" Listen gelten. Sie kann nur erste Hinweise geben und jeder Einzelfall muß sorgfältig üüberprüft werden.

Das Interim-Register erscheint in einer der nächsten Wochen. Wir haben uns riesig darüber gefreut, aber wie ihr merkt ist gerade kein Platz.

Inhalt:

Nolympia	3
Volxsport	4-6
Asylgestz	7-9
Irland	10
Type o Negative	11
Antifa	12
Falsche Kirschen	13
Sachlafsahne auf die Kirschen	14-15
Häuser/Wagenburgen	16
Drogenpolitik	17
Klasse gegen Klasse	18-22
N.Hofmeister	23-24
EA zu Steinmetz Presseerklärung	25-28
Pädophilie	29-30
Termine	31

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner:
Zum Brief von B.Mohnhaupt und der neuen RAF-Erklärung
Sinti und Roma in Deutschland
Aufruf zur Liebknecht-Luxenburg-Demo 1994 in Wiesbaden
Die Kiste,der Sand und wem die Förmchen sind
Brief von M.A. und Kritik dazu
Brief von N. Hofmeier



DEMONSTRATION

Am 20.November (Samstag) Ab U-Bahnhof Rathaus Spandau (Linie 7) um **12 ^{00}**

Es wird noch eine VV im Mehringhof geben, achtet auf Infos!

Antwort auf Aro zur Nolympia-Kampagne (NK)

Endlich hat sich mal jemand aufgerafft und eine Kritik an der NK formuliert, allein das ist ja schon viel in den den heutigen Tagen der allgemeinen Nichtdiskussion. Die Kritik kommt ziemlich sanft daher, schließlich kann mensch eine erfolgreiche Arbeit auch nicht voll und ganz mit Dreck bewerfen. Was aber mit Sicherheit passiert wäre, wenn Berlin doch den Zuschlag für das Jahr 2000 bekommen hätte. Dann wären sofort alle TugendwächterInnen der Szene an ihre PC's gestürzt und hätten uns auf dem Altar der autonomen Grundwerte geschlachtet. "Uns" meint jetzt speziell das AOK, in dem ich die letzten zweieinhalb Jahre organisiert war und immer noch bin (gell Aro, "organisiert" gefällt dir sicher viel besser, als wenn ich schreiben würde, "bewegt habe", "mitgemacht habe" o.ä., obwohl es genau das gleiche meint).
Die Kritik von Aro, der ein bemüht soldarisches Wesen anhaftet, ist nicht.neu. Es ist die gebetsmühlenartige Wiederholung derjenigen Punkte, die jede Kampagne begleiten, nicht umsonst fällt zweimal der Name Heinz Schenk und auch du Aro, vermute ich, kommst zumindest aus dem Dunstkreis jenes Gebildes, welches sich f.e.l.s. nennt.
In deiner Reagenzglasanalyse hast du nach kräftigem Schütteln der NK gesehen, daß sich Reformismus am Glasboden abgesetzt hat. Weil angeblich vergessen worden ist, daß nur die Revolution weiterhilft. Dies getreu nach dem Motto, "nur wo Revolution draufsteht, ist auch Revolution drin". Wir haben - ganz klar - eine Art Realpolitik gemacht, zugespitzt auf ein Projekt. Aber wenn Du unsere Broschüren gelesen hast, was ich unterstelle, mußt du eigentlich festgestellt haben, daß wir Olympia nicht getrennt vom sonstigen Herrschaftssystem gesehen haben, daß wir uns bemüht haben, die Zusammenhänge aufzuzeigen; dies kontastierst du uns auch im letzten Absatz auf der ersten Seite. Auf der dritten Seite deiner Kritik meinst du auf einmal, daß ganz viel "vergessen" worden sei. Wir haben absichtlich "vergessen" jeden Beitrag mit dem Fazit enden zu lassen, daß uns nur die Revolution weiterhilft. Solche Worthülsen können auch kontraproduktiv sein, außerdem wird die ständige Wiederholung davon, die LeserInnen auch nicht überzeugen, das ist eher die Dampfhammermethode bestimmter Gruppen, die solche Parolen unter jedes Flugblatt drunterklatschen.
Du beklagst dich, daß eventuell alles sogar noch schlimmer geworden ist seit dem 23.9. - wem gibst du dafür die Schuld? Der NK hoffentlich nicht, denn der entfaltete Druck war schließlich dafür verantwortlich, daß der Senat bis zu diesem Datum keine Räumungen riskieren wollte. Daß wir einen solchen Druck nicht ständig erzeugen können, liegt an unser aller Zustand und der Stärke des Gegners, nicht an Kampagnen. Und apropos "Reformismus": dein Vorschlag am 23.9. die Forderung "weg mit der großen Koalition" aufzustellen ist nur noch peinlich. Der könnte direkt von der AL sein und hat mit revolutionärer Gegenmacht wirklich überhaupt nix zu tun.
Die NK hatte zuletzt in der Tat als einzigen Anspruch, die Spiele zu verhindern. Daß sich nicht mehr daran entzündet hat, lag an dem Nichtverhalten großer Teile der Szene (vgl. dazu unser Vorwort der zweiten Broschüre), so daß wir gezwungen waren unser anfängliches Konzept den traurigen Gegebenheiten anzupassen.
Jedoch hat auch diese Kampagne vielen gerade Jüngeren die Gelegenheit zur Politisierung und Radikalisierung gegeben, die Demo im September war dafür nochmal klarer Ausdruck. Dies allein, eine politische Attraktivität auszustrahlen, ist schon Legitimation genug für diese Art von Kampagnenpolitik.
Aro, wo du recht hast, ist natürlich, daß es um revolutionäre Gegenmacht von unten geht. Wie wir das erreichen, wissen wir beide nicht, wir glauben nur beide zu wissen, wie es nicht gehen wird und da unterscheiden für uns im politischen Selbstverständnis erheblich.
Ohne Bewegung keine revolutionäre Gegenmacht und Bewegung läßt sich nicht organisieren! Sie läßt sich vorbereiten, indem der Boden dafür bereitet wird, weil sie selbstverständlich auch nicht vom Himmel fällt, aber "eine Perspektivdiskussion mit revolutionärem Anspruch" einzufordern ist einfach hohl und wird vor allem auch niemand antörnen, um seine/ihre Befreiung zu kämpfen. Menschen müssen sich ihren eigenen Kopf machen und selbstverständlich von ihrem eigenen Verhältnis, von ihrer eigenen Betroffenheit ausgehen und keine Stellvertreterpolitik führen. Was nicht ausschließen darf, sich zu den Kämpfen anderer solidarisch zu verhalten, aber diese eben nicht zu den eigenen zu machen, bzw. den anderen zu sagen, wo es langzugehen hat.
Und die "fast zwanghafte Organisationsfeindlichkeit" (nicht zu verwechseln mit Organisierung) auf die du anspielst, wird hoffentlich immer so bleiben. Die AABeNull wird scheitern, bzw. ist schon jetzt gescheitert und das ist gut so, der Kampf einer Organisation mit "Name, Emblem, Mitgliederstatut" etc. ist nicht meiner. Menschen werden nicht "zuverlässiger", nur weil sie Mitglied einer Organisation sind, sie übernehmen auch nicht mehr Verantwortung und werden nicht verbindlicher - eher das Gegenteil, weil die Organisationshierarchie ihr übriges tut. Es gibt noch tausend andere Gründe, die aber hier den Rahmen sprengen würden.

Calimero aus dem AOK

HALBE IST ÜBERALL!

z.B. im Volkspark Schöneberg und in Kreuzberg (Urban/Baerwaldstr.)! An beiden Soldatendenkmälern haben am 14.11.93 alte und/oder neue Nazis "Unseren gefallenen Kameraden" gedacht, indem sie Kränze dort niederlegten.
Wir "erlaubten" uns die Schleifen von den Kränzen zu entfernen und drückten unsere Trauer nicht mit Mitläufern und Täter aus sondern mit den Opfern: "Wir trauern um die KZ-Häftlinge, Deserteure und alle von den alten und neuen Nazis ermordeten Menschen - Keine Ehrung von TäterInnen und MitläuferInnen - Nie wieder Faschismus" sprühten wir auf die Denkmäler.

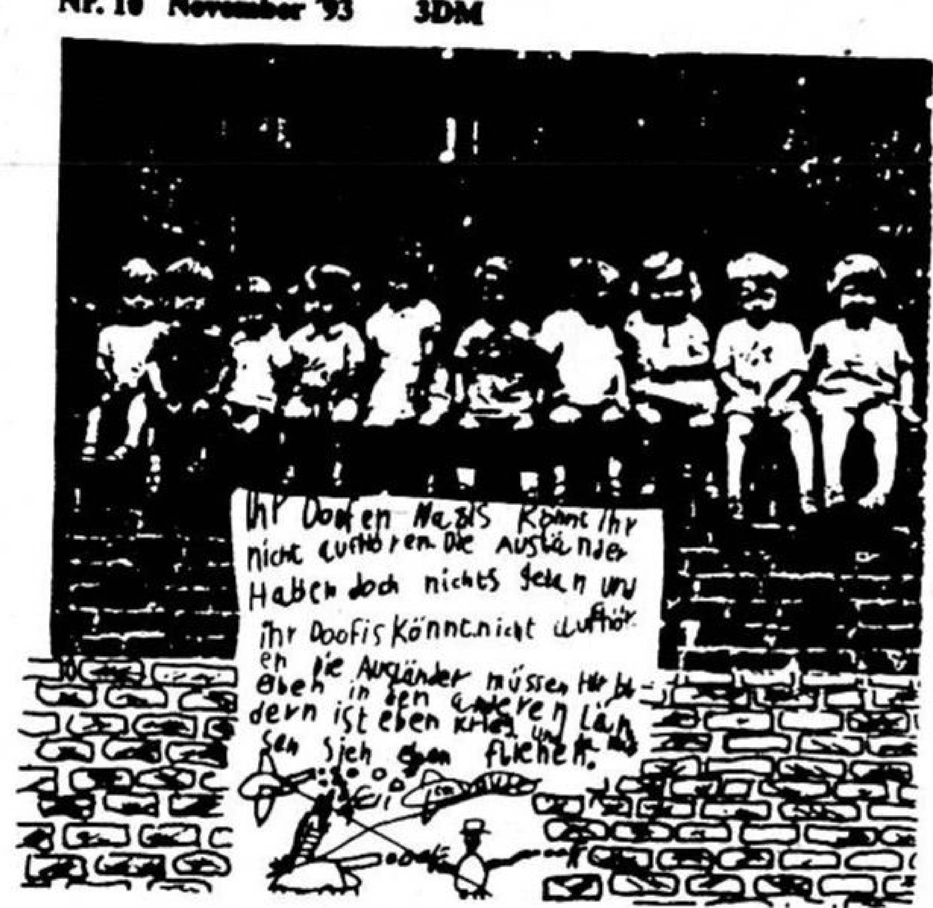
AG Denkmalschmutz

sollte sich ein gewisser michael august aus mölln fragen, warum er am 7.11.93 gegen 3uhr15 unsanft geweckt wurde, so bekommt er nun die antwort:
wer sich die reichskriegsflagge ins fenster bzw. an die wand daneben hängt oder es sich zum sport macht, menschen tätlich anzugreifen, nur weil sie nicht in sein engstirniges weltbild passen (z.b. beim 92er herbstmarkt gemeinsam mit seinem vater oder zu anderen gelegenheiten...), braucht sich jedenfalls nicht zu wundern, wenn einige der potentiellen opfer ihm zwischendurch mal klarmachen, daß er sich vorsehen soll. es hätte auch jeden anderen möllner fascho treffen können. und das wird es auch, wenn sich nicht demnächst was ändert. aber davon gehen wir erstmal nicht aus, denn wie vielerorts sind auch in mölln die bullen auf dem rechten auge blind. gegen die örtlichen antifas hingegen kommt der repressionsapparat voll zur geltung.
also, wir haben noch mehr pflastersteine und kennen noch einige relevante ziele. faschos, seht euch vor, wir können uns auch noch steigern - es liegt ganz an euch, wir haben euch im visier.
- faschos müssen immer glück haben,
wir dagegen nur einmal!

AUTONOME ZELLE "NACHTWÄCHTER"



Nr. 10 November '93 3DM



Bezugsadresse und V.i.S.d.P.:

ANTIFA-INFO
B.Becker
c/o Cafe EXZESS
Leipzigerstr.91
60487 Frankfurt/M.

Volxsport - Dokumentation - Volxsport - Dokumentation

In der Nacht vom 3. auf den 4.9.93 wurde in Frankfurt-Eschersheim ein parkender, blauer Kleintransporter mit dem Kennzeichen F-YC 620 gesichtet, der mit Faschoplakaten beklebt war. Die Karre wurde daraufhin von mehreren entschlossenen AntifaschistINNEN angegangen, wobei seine Reifen und die Scheiben dran glauben mußten.
Zeigen wir den Faschisten, daß wir sie weder in Frankfurt noch sonstwo dulden werden.
Hau wech die SCHEIßE.
einige fiese Zecken

In der Nacht vom 27. auf den 28.7.93 wurde bei "Prügelbulle" Martin Volpert, Danziger Str.3, Gießen, Tel. 4042 das Garagentor mit der Aufschrift "Bullensau versehen und sein davor geparktes Auto GI-UZ 832 mit Lack-, Glas- und Reifenschäden bedacht.
Diese Aktion ist die Antwort aus Volperts Verhalten in den letzten Monaten, sowie auf den allgemeinen Bullenterror.
es grüssen die drei von der tankstelle

Wir haben in der Nacht vom 14.07. auf den 15.07. bei Aschaffenburg ein Zeltlager von Fascisten angegriffen. Auf diesem Platz feierten die Nazis bisher ungestört mit Fascholiedern und Reichskriegsflagge. Bei diesem Angriffe wurden 2 Zelte und die Einrichtung einer Gartenhütte stark beschädigt.

Kleine Baustellen ermöglichten Frankfurts Bevölkerung am 03.08.93 zu spät zur Arbeit zu kommen. Damit sie sich im Stau nicht langweilen, haben wir an 4 Hauptverkehrsstraßen Transparente aufgehängt:

"Keine Kriminalisierung von AntifaschistInnen"

"Freilassung aller politischen Gefangenen von Antifa und Widerstand"

"Einstellung aller Verfahren"

Alle Tage Do It Yourself Baustellen

Autonome HütchenspielerInnen

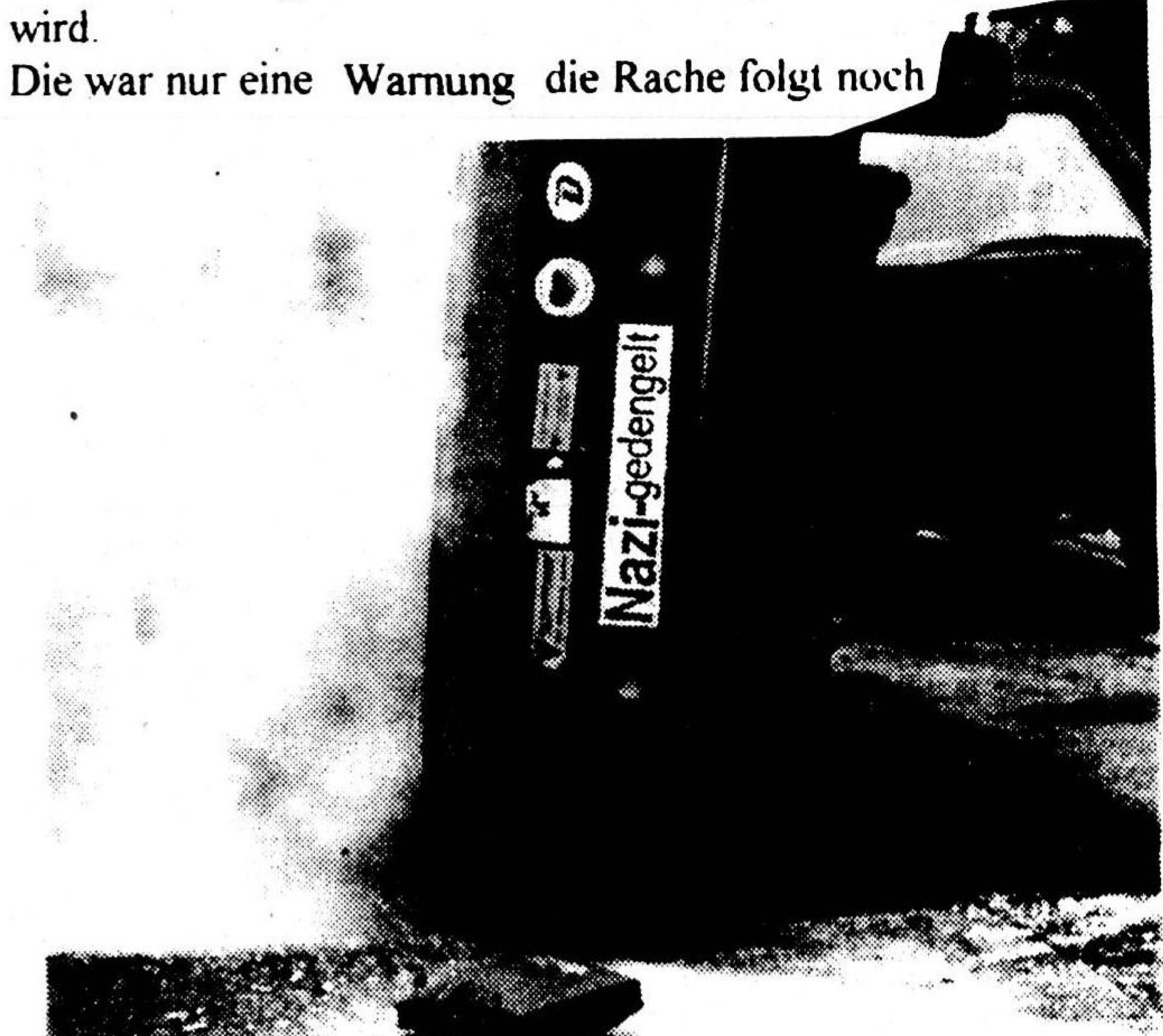
P.S. In der Presse stand natürlich nichts, anbei noch ein Foto

Durch einen kleinen Sprengsatz wurde das Auto eines Faschisten zerstört. Das Auto gehörte "Werner Fleckenstein" (Bismarkstr.10 63814 Mainaschaff, Tel. 06021/75376).

Fleckenstein zählt zu den aktivsten Nazis in Aschaffenburg. Er ist seit Jahren in der FAP organisiert und im gesamten Bundesgebiet bei Aufmärschen der Faschisten zu finden. Fleckenstein führte im Januar diesen Jahres eine Mörderbande von Nazis an, die drei Antifas in den 2 Grad kalten Main getrieben haben. Dies ist ein Mordversuch gewesen.

Wir wollten mit dieser Aktion Fleckenstein und seinen Nazi-Kameraden zeigen, daß ihnen nichts vergeben und vergessen wird.

Die war nur eine Warnung die Rache folgt noch



Antifa-Info Frankfurt Nr. 10 (November '93)

Wir fänden es gut, wenn auch in Berlin mehr Leute was zu ihren Antifa-Aktionen schreiben würden.

Hanauer Golfplatz zerstört

Täter wüteten wie Maulwürfe

Politische Motive werden nicht ausgeschlossen

Donnerstag, 28. Oktober 1993, Nr. 251 · 6

HANAU. Unbekannte haben in der Nacht zum Mittwoch auf dem Hanauer Golfplatz an der Fasanerie Wilhelmsbad Zerstörungen in Höhe von mehreren 100000 Mark angerichtet. Nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen soll in der Zeit zwischen 22 und 7 Uhr vermutlich eine Gruppe mehrerer Personen auf die Golfanlage gelangt und offenbar gezielt vorgegangen sein. Angenommen wird von der Polizei auch, daß die Täter das Areal „gut kennen mußten". Etwa die Hälfte der „Grüns" der 18-Loch-Anlage wurde verwüstet.

Das rund 75 Hektar große Gelände präsentierte sich Mitarbeitern des Golfclubs gestern in den Morgenstunden teilweise wie eine von Maulwurfshügeln übersäte Landschaft. Die kreisrunden teppichartigen Rasenflächen waren aufgegraben und damit für das Spiel völlig unbenutzbar gemacht worden.

Die Täter machten in ihrer Zerstörungswut auch vor dem technischen Teil der Anlage nicht halt. So wurde die elektrisch gesteuerte Pumpenstation heimgesucht. Völlig demoliert fanden die Mitarbeiter des Golfclubs außerdem einen kleinen Traktor vor, mit dessen Hilfe der Platz instand gehalten wurde.

Die Polizei — das machte ein Sprecher der Hanauer Direktion gegenüber der *FR* deutlich — schließt bei der Tat „einen politischen Hintergrund nicht aus". So waren nicht nur Hinweistafeln mit Farbspray übertüncht, einzelne Gebäudeteile wurden auch mit Aufschriften wie „Golfkrieg" und „Bonzen" verschmiert.



Unbekannte Täter durchpflügten den Hanauer Golfplatz in Wilhelmsbad wie die Maulwürfe. (FR-Bild: Ute Schmidt)

Mit knapp 1000 Mitgliedern gehört der Hanauer Golfclub zu den fünftgrößten in der Bundesrepublik. Dem Golfclub zufolge fallen die ramponierten „Grüns" nun für eine Saison komplett aus. Eine Neuanpflanzung könne erst im Frühjahr erfolgen, so daß vor 1995 an keinen Spielbetrieb zu denken sei.

Die Polizei in Hanau bittet Zeugen, die zur Nachtzeit verdächtige Beobachtungen in der Umgebung des Golfplatzes gemacht haben, um Hinweise. Meldungen sollen sich im Kern um die Frage drehen: „Wer hat zu ungewöhnlicher Zeit Personen oder Fahrzeuge beobachtet, die mit der Straftat in Verbindung stehen könnten?"

Sachdienliche Hinweise nimmt jede Polizeidienststelle entgegen. hok

"So ein Faschist in meiner Nachbarschaft ? - Das habe ich nicht gewußt - "

Mit Plakaten und vielen Flugblättern haben wir am 8.11.(im Rahmen der antifaschistischen Aktionstage)die NachbarInnen der genannten Rechten bzw.Rechtsextremen über deren Gesinnung und Funktion im faschistischen Spektrum konfrontiert.
Viele dieser Gestalten sind in der Öffentlichkeit nicht bekannt und legen teilweise selbst großen Wert darauf anonym zu bleiben ,um ungestört ihre rassistischen Ziele verfolgen zu können.Diese Anonymität wollen wir ihnen nehmen.
Bei den folgenden Informationen haben wir uns in Kurzfassung auf die wichtigen Beschreibungen beschränkt und da es oft schwierig ist, alle Zusammenhänge herauszufinden ,erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

B.WITTE: stellv. Vorsitzender der Partei "Die Nationalen",(eine Wählergemeinschaft-Bündnis NPD,DL,NA- für die Kommunal-,bzw. BVV-Wahlen in Brandenburg u. Berlin),ein Redakteur der "Berlin-Brandenburger-Zeitung (BBZ), dem Organ der "Nationalen".
M.WARNKE: Mitglied der "Nationalen"
R.WUCKE: Mitglied der "Nationalen"
F.LUTZ:ehem.?Vorsitzender der "Nationalen Alternative"(NA) - erste rechtsextreme Partei in der Ex-DDR, hatte ihre Zentrale im ehem. von Neo-Nazis besetzten Haus in der Weitlingstr.-,militanter Faschist auf Kaderebene,u.a. einer der Drahtzieher der Pogrome in Rostock und Organisator von Schulungsabenden und Wehrsportlagern.
A.RIECHERT: ehem.stellvertr.Vorsitzender und Pressesprecher der"NA",schon ab 1986 zusammen mit F.Lutz in der faschistischen "Lichtenberger Front",ebenfalls beteiligt an der Organisierung von Wehrsportlagern .
A.STORR: Bundesvorsitzender der "Jungen Nationaldemokraten"(JN) - der Jugendorganisation der"NPD" , Bindeglied zwischen militanten Faschisten und der "NPD",enge Zusammenarbeit mit der "FAP"-.
M.TAMBACH: Mitglied der "JN",enge Kontakte zur "FAP",schreibt in der neofaschistischen SchülerInnenzeitung "Denkzettel".
P.BOCHE: ehem. im Vorstand der "REP",heute bei der "Deutschen Liga für Volk und Heimat"(DL),zusammen mit seiner Ehefrau Teilnehmer an vielen Nazi-Aufmärschen.
C.A.WROBEL: Mitglied der verbotenen "Deutschen Alternative"(DA),Kandidat der "Nationalen" bei der BVV-Wahlen in Neukölln..
H:TÖWE: Mitglied der "Nationalen",Kandidat der BVV-Wahlen in Tempelhof.
H.C.WENDT: u.a. Mitglied der "Nationalen",Chefredakteur der "BBZ".
F.SCHWERDT: Vorsitzender der "Nationalen",im Vorstand der "DL",schreibt zusammen mit H.C.Wendt die meisten Artikel der "BBZ".
K.H.PANTELEIT: im Berliner Vorstand der "DL",Vorsitzender im "Bildungswerk H.v.Fallersleben",auch in der "Denkfabrik-Europa der Völker"(faschistischer Zirkel für ein 4.Reich) engagiert.
U.SCHAFFER: Vorsitzende der "Deutschen Kulturgemeinschaft /Berlin"(DKG),"NPD"-Kreisverbandsvorsitzende in Berlin-Südwest,Mitglied des "Aktionskomitees Oder/Neisse"(AKON),bei ihr laufen einige Fäden im faschistischen Netz zusammen - u.a. Anmelderin der Nazi-Aufmärsche in Halbe.
R.WEHL: Redakteur der nationalrevolutionären Zeitschrift "wir selbst",Geschäftsführer der "Allgemeinen Mietsysteme"(AMS) in der Lehrter Str.17,wo derzeit die Redaktion der "Jungen Freiheit" zur Untermiete untergebracht ist.
K.MOTSCHMANN: Prof. an der HdK/Berlin,rechter Saubermann in der ev.Kirche ,u.a. Referent in der "Denkfabrik- Europa der Völker",Autor in mehreren rechtskonservativen bis faschistischen Blättern , mehrfacher Buchautor.

Dr.Bernd Witte,Franz Jacob Str.14(Storkower Ghetto)
Marko Warnke,Massower Str.14(Lichtenberg)
René Wucke,Rudolf Seifert Str.20(Storkower Ghetto)
Frank Lutz,Lincolnstr.13(Lichtenberg)
André Riechert,Archenholdstr.73(Lichtenberg)
Andreas Storr,Geßlerstr.4(Schöneberg)
Mirko Tambach,...(Mitte)
Peter Boche,Puderstr.22(Treptow)
Christian-Andreas Wrobel,Schönefelder Str.94(1/47)
Hans Töwe,Kaiserin-Augusta-Str.71(1/42)
Hans-Christian Wendt,Lipschitzallee 30(1/47)
Frank Schwerdt,Alt Heiligensee 98(Heiligensee)
Karl-Heinz Panteleit,Geibelstr.34b(Lichtenrade)
Dr.Ursula Schaffer,Prinz-Friederich-Leopold 52(1/38)
Roland Wehl,Otto Erich Str.8b(1/39)
Prof.Klaus Motschmann,Ahrweilerstr.12(Wilmersdorf)

RASSISMUS IN GESETZESFORM ! !!! AUFRUF ZUR AKTIONSVORBEREITUNG !!!

Das neue "Asylbewerberleistungsgesetz"

Mitte Oktober fand im *Haus der Demokratie* eine Veranstaltung statt, auf der über das neue sogenannte *Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)* informiert wurde. Das Inkrafttreten des *AsylbLG* hat für einen Großteil der in der Bundesrepublik lebenden Flüchtlinge eine erhebliche Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zur Folge.

BETEILIGT EUCH, GEBT DIESE EINLADUNG WEITER UND KOMMT

AM FREITAG, DEM 3. DEZEMBER 93 UM 19.30 UHR INS HAUS DER DEMOKRATIE, FRIEDRICHSTRASSE 165, RAUM 205

Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber

Bei dieser Veranstaltung haben wir beschlossen, unseren Protest gegen dieses rassistische Gesetz öffentlich zu machen. Wir schlagen daher ein Treffen vor, um mit vielen Menschen konkrete Aktionen zu beratschlagen und zu beschließen. Zum Beispiel wäre ein "Lebensmittel-Pakete-Frühstück" auf dem Alex oder ein Besuch bei der zuständigen Senats-Sozialverwaltung möglich.

Zum Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) vom 30. Juni 1993

(= Artikel 1 des Gesetzes zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber vom 30. Juni 1993 [BGBl 1993, Teil I, S. 1074-1077])

Das AsylbLG stellt im Umgang des bundesdeutschen Staats mit Flüchtlingen einen neuen traurigen "Höhepunkt" dar: Sachlich durch nichts zu rechtfertigen, ist es der offensichtliche Versuch, den rassistischen Vorurteilen in Teilen der sogenannten Wahlbevölkerung entgegenzukommen, um die eigene Macht auf Kosten vermeintlich Wehrloser zu sichern. "*Schaut her, wir behandeln die Flüchtlinge schon wie den letzten Dreck!*" ist die Botschaft, die Mittel heißen Entmündigung und Zwangsarbeit. Gleichzeitig dient das Gesetz als "Testballon", um zu prüfen, wie leicht es fällt, einzelnen Gruppen die Versorgung mit dem Lebensnotwendigsten zu verweigern, ohne daß ein Proteststurm der Solidarität losbricht. Im folgenden versuche ich, die Regelungen des AsylbLG darzustellen und zu erläutern.

Hinweis: Paragraphenbezeichnungen ohne Angabe des Gesetzes beziehen sich im folgenden stets auf das AsylbLG. Hervorhebungen in Zitaten stammen vom Verfasser.

STAATLICHER RASSISMUS LIEFERT FLÜCHTLINGE ANS MESSER

FREIE WAHL DES AUFENTHALTSORTES FÜR ALLE



1.) <u>Betroffene</u>: Nach § 1 gelten die Bestimmungen des AsylbLG für alle AusländerInnen im Bundesgebiet, die einen Asylantrag gestellt haben, über den noch nicht entschieden worden ist, und die noch nicht länger als 1 Jahr auf die Entscheidung darüber warten (§ 2 Abs. 1 Nr. 1), sowie für deren engen Familienangehöri-

KAMPF DEM RASSISMUS AN JEDEM ORT !!!

eine grundsätzliche Beratungs- und Aufklärungspflicht der Behörden.

Neu gilt der Grundsatz des § 3 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG: "*Der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts wird durch Sachleistungen gedeckt.*" Den vom AsylbLG Betroffenen wird damit jede Form freier Entscheidung über die individuell gewünschete Versorgung mit Konsumgüter, die sonst so hoch gepriesene KonsumentInnensouveränität, verwehrt - eine klar rassistische Diskriminierung. Im übrigen wird den Leistungserbringern *[wer erfindet eigentlich solche Worte??? d.S.]*, in der Regel also dem jeweiligen Heimbetreiber, für die Bereitstellung der Sachgüterversorgung voraussichtlich der Betrag gezahlt, der auch außerhalb von Heimen lebenden Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG zusteht (s.u. Nr. 4b). Von diesem - bereits unter den vergleichbaren Sozialhilfe-Regelsätzen liegenden - Betrag sind jedoch außer der tatsächlichen Güterversorgung auch der Einkauf der Güter, ihr Transport, das Packen der Pakete, der damit verbunde personelle Aufwand der Heimbetreiber (und natürlich ein "angemessener" Gewinn) zu finanzieren: die tatsächliche Leistung an die betroffenen AusländerInnen dürfte daher noch einmal deutlich unter dem im Gesetz veranschlagten Brutto-Betrag liegen. Gleichzeitig klaagen die Sozialbehörden jedoch z.T. auch über die deutlich gestiegenen Kosten des neuen Verfahrens: möglicherweise belasten diese Zusatzaufwendungen also auch den normalen Sozialetat, gehen damit zu Lasten anderer Leistungen.

Über diese Sachleistungen hinaus gibt es als Taschengeld einen sogenannten "*Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens*" (§ 3 Abs. 1 Satz 4). Die sind für Menschen bis 14 Jahren 40,- DM und für Menschen ab 15 Jahren DM 80,- pro Monat. Klar ist, daß von solchen Beträgen bspw. Anwaltskosten etc. auf keinen Fall aufzubringen sind. Die allgemeine Gewährung von Prozeßkostenhilfe setzt dagegen Erfolgsaussicht der Klage voraus, die Asylverfahrensstreitigkeiten von den zuständigen Stellen in der Regel verneint werden dürfte.

Die Mehrbedarfsregelungen des BSHG sowie die Beratungspflicht haben keine Gültigkeit mehr. § 6 sieht zwar sonstige Leistungen vor, die jedoch nicht in bestimmten Situationen grundsätzlich, sondern nur im besonders zu begründenden Einzelfall erbracht werden; auch hier gilt im Grundsatz das Sachleistungsprinzip. Eine Beratungspflicht besteht dagegen nach gen. Weiterhin gelten die Vorschriften dieses Gesetzes für alle AusländerInnen, die vollziehbar zur Ausreise verpflichtet sind (vgl. § 42 Abs. 2 und 3 AuslG), soweit sie nicht eine Duldung (vgl. §§ 55 und 56 AuslG) aus Gründen erhalten haben, die sie nicht selber zu vertreten haben (§ 2 Abs. 1 Nr. 2).

Im übrigen ist betroffenen AusländerInnen, die sich nicht an eine räumliche Beschränkung ihrer asylverfahrens- oder ausländerrechtlichen Aufenthaltsgestattung gehalten haben, lediglich "*die nach den Umständen unabweisbar gebotene Hilfe*" zu gewähren (§ 11 Abs. 2).

2.) Allgemeine Folgen: Entgegen der euphemistischen Formulierung in § 1 Abs. 1 ("*leistungsberechtigt* (!) *nach diesem Gesetz sind ...*") bedeutet die Tatsache, vom AsylbLG betroffen zu sein, für eine AusländerIn eine erhebliche Verschlechterung gegenüber ihrer bisherigen Situation. Abgesehen von allen ausländerrechtlichen Schikanen war es nämlich bisher so, daß sich die materielle Versorgung von AusländerInnen nach den allgemeinen Vorschriften für die Sicherung des Existenzminimums, nämlich dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) richtete. Dies ist nun anders. Das Gesetz zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber bestimmt nämlich in Art. 2 eine Neufassung des § 120 BSHG ("Sozialhilfe für Ausländer"), dessen Abs. 2 nun lautet: "*Leistungsberechtigte nach § 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes erhalten keine Leistungen der Sozialhilfe.*" Mit Inkrafttreten des AsylbLG am 01.11.93 wird damit erstmals eine Gruppe von Menschen definiert, für die das Existenzminimum offensichtlich unter dem im BSHG definierten Niveau liegt; in Anbetracht der Tatsache, daß in fast allen Bereichen sozialer Sicherung zur Zeit versucht wird Leistungen zu kürzen, steht zu befürchten, daß dies nur ein erster Schritt ist, um später auch weitere Gruppen aus dem Sozialhilfe-"Konsens" herauszunehemn.

3.) Versorgungslage: Bisher erhielten AsylbewerberInnen als Hilfe zum Lebensunterhalt die allgemeinen Regelsätze der Sozialhilfe, soweit sie in Gemeinschaftsunterkünften wohnten ggf. abzüglich der im Regelsatz enthaltenen Energiekostenpauschale. Zuzüglich kamen die allgemeinen Mehrbedarfsregelungen (Mehrbedarf für Alleinerziehende, für Schwangere, für über 65jährige sowie für Erwerbsunfähige) in Anrechnung, weiterhin wurde nach § 76 BSHG ein Freibetrag vom Arbeitseinkommen in Höhe von 25% bis 66,6% des Regelsatzes gewährt. Diese Leistungen waren grundsätzlich Geldleistungen. Außerdem bestand nach SGB X § 11 Abs. 1 in dem Sinne, daß auf bestehende Rückführungs- und Weiterwanderungsprogramme hinzuweisen sowie "*in geeigneten Fällen*" auf ihre Inanspruchnahme hinzuwirken ist.

Dagegen wird auf alle Leistungen an eineN AusländerIn und seine/ihre Familienangehörigen eigenes Vermögen in voller Höhe, Arbeitseinkommen bis zu 75% in Anrechnung gebracht (§ 7 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1). Das bedeutet, daß von der Ausländerin bei Unterbringung in einem Heim monatlich DM 300,- für den Haushaltsvorstand und DM 150,- für jedes Familienmitglied als Unterbringungspauschale sowie die Kostensätze für Versorgung und Verpflegung nach § 3 Abs. 2 Satz 2 (s.u. Nr. 4 b), außerdem ein evtl. gezahltes Taschengeld zu erstatten sind (§ 7 Abs. 1 Satz 2 und 3).

Eine vierköpfige Familie (2 Eltern, ein Kind von 7, eines von 11 Jahren) hat danach (ohne Taschengeld) monatlich DM 1.950,- zu zahlen. Als Gegenleistung erhält sie Heimunterkunft und Sachleistungen.

Soweit die AusländerIn nicht in einer Gemeinschaftsunterkunft lebt, kann sie Leistungen nach dem AsylbLG erst nach Verzehr ihres Vermögens beanspruchen; die Regelungen des BSHG gelten nicht (§ 7 Abs. 1 Satz 1).

Im übrigen gehen Leistungen anderer, besonders Unterhaltspflichtiger, also z.B. bereits in Deutschland lebender Eltern oder Kinder, den Leistungen nach diesem Gesetz vor (§ 9 Abs. 2).

4.) Ausnahmen vom Sachleistungsprinzip: Das AsylbLG sieht vier Fälle von Ausnahmen vom Sachleistungsprinzip vor:

a) Nach § 3 Abs. 1 Satz 2 und 3 kann Kleidung auch in Form von Wertgutscheinen geleistet werden. Gebrauchsgüter des Haushalts können für die Dauer des Leistungsbezugs leihweise zur Verfügung gestellt werden (z.B. Kücheneinrichtung im Wohnheim).

b) Wenn AusländerInnen nicht in Gemeinschaftsunterkünften oder vergleichbaren Einrichtungen untergebracht sind, können anstelle der ("*vorrangig zu gewährenden*") Sachleistungen auch Wertgutscheine oder in Einzelfällen auch Bargeld ausgehändigt werden (§ 3 Abs. 2 Satz 1). Der Wert dieser Ersatzleistungen liegt deutlich unter den Regelsätzen der Sozialhilfe: er beträgt für den/die HaushaltsvorständIn DM 360,-, für Haushaltsmitglieder bis zu 7 Jahren DM 220,- und ab 8 Jahren 310,- DM, zuzüglich dem Taschengeld

sowie der notwendigen Kosten für Wohnung, Heizung und Hausrat, wobei letzter auch leihweise zur Verfügung gestellt werden kann (§ 3 Abs. 2 Satz 2).

c) In bestimmten Fällen der medizinischen Versorgung (s.u. Nr. 5).

d) In Sonderfällen, wenn sonstige Leistungen nach § 6 nicht durch Sachleistungen erbracht werden können, etwa Gebühren im Rahmen verwaltungsrechtlicher Mitwirkungspflichten.

5.) Medizinische Versorgung: § 4 Abs. 1 Satz 1 ist die Grundsatzregelung für die medizinische Versorgung der Betroffenen. Danach ist - da die Leistungsberechtigung nach dem AsylbLG ja nur vorübergehend besteht - eine medizinische Versorgung lediglich *"zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände"* vorgesehen; wie restriktiv diese an sich ja einer Interpretation zugängliche Vorschrift gemeint ist, verdeutlicht Satz 2: *"Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist."* Die Versorgung und Behandlung von chronischen Erkrankungen, u.a. auch der Spätfolgen von Folterungen, oder aufschiebbare medizinische Eingriffe sind daher nicht möglich. Eine Ausnahme bilden die umfassende Unterstützung werdender bzw. frisch gewordener Mütter (§ 7 Abs. 2) und die Durchführung *"amtlich empfohlener Schutzimpfungen und medizinisch gebotener Vorsorgeuntersuchungen"* (§ 7 Abs. 3 Satz 1). Im übrigen sind AusländerInnen, die einen Asylantrag gestellt haben und verpflichtet sind, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen (§§ 47 und 48 AsylVfG), nach § 62 Abs. 1 Satz 1 AsylVfG verpflichtet, *"eine ärztliche Untersuchung auf übertragbare Krankheiten einschließlich einer Röntgenaufnahme der Atmungsorgane zu dulden"*.

Im Gegensatz zum üblichen Verfahren, auch nach dem BSHG, gilt für Menschen, die von den Regeln des AsylbLG betroffen sind, nicht das Prinzip der freien Arztwahl. Stattdessen stellt die zuständige Behörde (nach § 10 Regelung des jeweiligen Bundeslandes) die medizinische Versorgung sicher (§ 7 Abs. 3); in welcher Form sie das tut (Amtsarzt, beauftragte Ärzte. andere Regelung), bleibt ihr überlassen: im Grundsatz gilt also auch hier das Sachleistungsprinzip. Die Vergütung am Verfahren beteiligter niedergelassener Ärzte erfolgt zu den ortsüblichen AOK-Sätzen.

6.) Erwerbstätigkeit: Eine reguläre Erwebstätigkeit muß der zuständigen Behörde (§ 10) innerhalb von drei Tagen nach Aufnahme sowohl von dem/der Leistungsberechtigten, als auch von dem/der ArbeitgeberIn angezeigt werden (§ 8 Abs. 1 und 2). Einschränkend ist zu beachten, daß nach § 61 Abs 1 AsylVfG eine AusländerIn, die einen Asylantrag gestellt hat, wenigstens für die Dauer der Pflicht, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen (§§ 47 und 48 AsylVfG) keine Erwerbstätigkeit ausüben darf. Allerdings darf nach § 60 Abs. 1 AsylVfG die asylverfahrensrechtliche Aufenthaltsgestattung auch weiterhin mit der Auflage, keine Erwerbstätigkeit auszuüben, versehen werden.

7.) Zwangsarbeit: Mit der schönen Bezeichnung *"Arbeitsgelegenheiten"* verbrämt § 5 die Verpflichtung der AusländerInnen, die im Rahmen eines anhängigen Asylverfahrens in Gemeinschaftsunterkünften wohnen, zu Zwangsarbeit. Diese Vorschrift unterscheidet sorgfältig zwischen drei Ebenen der Tätigkeit von AsylbewerberInnen: Diese sind zunächst grundsätzlich verpflichtet, *"Tätigkeiten der Selbstversorgung"* zu leisten (§ 5 Abs. 1 Satz 1, 1. Halbsatz). Darüber hinaus sollen primär die Betreiber der Heime *"Arbeitsgelegenheiten insbesondere zur Aufrechterhaltung und Betreibung der Einrichtung"* zur Verfügung stellen. Da es sich hier ausdrücklich um Aufgaben handelt, die über übliche Selbstversorgungstätigkeiten hinausgehen, ist hier offensichtlich vorgesehen, Betriebspersonal einzusparen: Der Betrieb von Heimen wird durch die Minimierung von Regelarbeitsplätzen für die jeweiligen Träger noch attraktiver. Darüber hinaus sind jedoch auch staatliche, kommunale und gemeinnützige Träger aufgefordert, Arbeitsplätze für AsylbewerberInnen zur Verfügung zu stellen; Bedingung ist lediglich, daß die entsprechende Arbeit *"sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würde"* (§ 5 Abs. 1 Satz 2) - keine besonders restriktive Bedingung. Wichtig ist hier, daß gemäß § 5 Abs. 5 mit einer solchen Tätigkeit kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts begründet wird: Die Betroffenen erwerben so bspw. keinen zusätzlichen Sozialversicherungsanspruch. Daher steht diese Zwangsarbeit auch nicht in Widerspruch zum Arbeitsverbot des AsylVfG (s.o.); Eine reguläre Erwerbstätigkeit gemäß § 8 bildet mithin die dritte Ebene möglicher Beschäftigung von AusländerInnen.

Als Entgelt für die Ausübung solcher Nicht-Arbeit-Tätigkeit enthalten die Betroffenen nach § 5 Abs. 2 eine *"Aufwandsentschädigung"* in Höhe von DM 2,- pro Stunde (Zwangsarbeit nach dem BSHG wird mit DM 3,- pro Stunde vergütet, d.h. eine Kürzung des BSHG-Satzes um 33,3%!). Da zu diesen Bedingungen wohl kein Mensch bereit wäre, in irgendeiner Form tätig zu sein, übt § 5 Abs. 4 Arbeitszwang aus: JedeR, die/der nicht mehr im schulpflichtigen Alter, nicht erwerbstätig und noch arbeitsfähig ist, muß eine zur Verfügung gestellte Arbeitsgelegenheit auch wahrnehmen, andernfalls sind Kürzungen des Taschengeldes (s.o.) die Folge. Die Altersobergrenze für Arbeitspflicht im BSHG von 65 Jahren ist hier nicht vorgesehen.

8.) AsylbewerberInnenleistungsstatistik: Alle Leistungen nach diesem Gesetz sind detailliert statistisch zu erfassen. Dies erfolgt gemäß § 12 Abs. 1 *"zur Beurteilung der Auswirkungen dieses Gesetzes und zu seiner Fortentwicklung"*.

9.) Umsetzung des AsylbLG in Berlin und Brandenburg: Die Umsetzung der Vorschriften dieses Gesetztes ist nach § 10 weitgehend Aufgabe der Bundesländer. Dabei unterscheidet sich die in Aussicht genommene Praxis zum Teil erheblich von einander.

Brandenburg übernimmt (ebenso wie Sachsen) bundesweit eine Vorreiterrolle in der restriktiven Auslegung der Vorschriften (bemerkenswert bei dem bürgerInnennahen Touch, den sich Frau Hildebrand, brandenburgische Ministerin für Arbeit und Soziales, sonst zu geben weiß!). So ist das Sachleistungsprinzip bereits vor Inkrafttreten diese Gesetzes eingeführt worden, wobei sich die Qualität der bereitgestellten Güter als mehr als mangelhaft (SOS-Rassismus) erwiesen hat. Außerdem soll das Sachleistungsprinzip entgegen § 2 Abs. 1 Nr. 1 auch über die Dauer eines Jahres hinweg, dann allerdings in Höhe der BSHG-Sätze aufrechterhalten werden.

Berlin plant gemäß einer Senatsvorlage der Senatsverwaltung für Soziales (die in Berlin zuständige Behörde) eine nur teilweise Umsetzung des Gesetzes. So sollen AsylbewerberInnen, die ihren Antrag vor Inkrafttreten des AsylbLG am 01.11.93 gestellt haben, weiterhin nach der bisher gültigen Regelung behandelt werden. Für AntragstellerInnen nach diesem Stichtag werden in 5 bis 6 Heimen (u.a. wohl im DRK-Heim in der Berliner Straße in Tegel) heimeigene Läden eingerichtet, so daß ihnen zwar nicht mehr die Möglichkeit offen steht, besonders billig einzukaufen, sie jedoch weiterhin die Zusammensetzung ihrer individuellen Konsumwünsche *[uah... d.S.]* im Rahmen des Angebots selber bestimmen können. Die gegenüber dem BSHG abgesenkte Leistungshöhe wird jedoch in vollem Umfang praktiziert. Die behördliche Regelung der Arztwahl ist auf unbestimmte Zeit zurückgestellt.

Zur aktuellen Situation im Norden Irlands

Nach dem Angriff der IRA auf das Hauptquartier der Ulster Defence Association (UDA) am 23.1093, bei dem 10 Menschen ums Leben kamen, wurde der Konflikt im Norden Irlands in den deutschen Medien als Konflikt zwischen zwei religiösen Parteien (katholisch/protestantisch) dargestellt. Hintergründe und eine politische Analyse bildeten die Ausnahme. Die auf den Angriff der IRA folgenden Morde durch loyalistische Todesschwadrone wurden als sogenannte "Vergeltungsaktionen" oder "Racheakte" beschrieben und erwähnten in der Regel nicht die seit Jahren vermehrt durchgeführten , rein sektiererischen Terrorakte dieser Todesschwadrone.

Mit dem folgenden Beitrag wollen wir versuchen, kurz die Hintergründe und die aktuelle Situation im Norden Irlands, insbesondere Belfast, zu beschreiben.

Vorgeschichte zum Angriff auf das UDA-Hauptquartier

Seit Beginn des sogenannten jüngeren Nordirlandkonfliktes haben es loyalistische Organisationen als ihr Ziel angesehen,durch sektiererische Terrorakte die katholisch-nationalistische Bevölkerung einzuschüchtern. Seit Anfang der 70er Jahre haben sie hunderte von Katholiken nur aufgrund ihrer tatsächlichen oder angenommen Religion ermordet. Diese Angriffe können jede und jeden treffen, die in katholisch-nationalistischen Gegenden leben, und haben einen massiven Einfluß auf den Alltag der Menschen hier, nicht zuletzt seit ihrer Intensivierung der letzten Zeit. Innerhalb des vergangenen Jahres haben diese Todesschwadrone ihre Kampagnen ausgeweitet, so daß mittlerweile auch VerkäuferInnen der republikanischen Zeitung "AP/RN" und Mitglieder der gälischen Sportvereinigung "GAA" als "legitime Ziele" angesehen werden. Seit 5 Jahren gibt es ein deutliches Ansteigen der Morde an Sinn Fein-VertreterInnen. Nach Bekanntwerden der Gespräche zwischen Sinn Fein-Präsident Gerry Adams und dem Präsidenten der sozialdemokratischen "Social Democratic and Labour Party" (SDLP) John Hume im April dieses Jahres griffen loyalistische Todesschwadrone auch VertreterInnen der SDLP an.

Vor diesem Hintergrund des Terrors loyalistischer Todesschwadrone gegen die katholisch-nationalistische "community" ist der Angriff der IRA auf das Hauptquartier der UDA zu sehen. Die Absicht dieses Angriffes war nicht sekiererisch, sondern sollte die UDA-führung treffen. Die IRA hat wiederholt erklärt, sich nicht in den sektiererischen Kreislauf hineinziehen zu lassen. Dieser Angriff ist komplett fehlgeschlagen und hat Unbeteiligte getroffen, die nie Ziel von IRA-Aktionen sein dürfen.

Die Woche danach

In der Woche nach dem Angriff der IRA hat es jeden Tag Anschläge loyalistischer Todesschwadrone auf die katholisch-nationalistische "community" gegeben. Dies waren weit mehr als in den deutschen Medien berichtet. Bis zu dem Massaker in Greysteel am 30.10. wurden 7 Menschen in sektiererischen Aktionen ermordet, und daß die Zahl der Toten nicht weit höher liegt ist reiner Zufall, beispielsweise klemmten bei einem Terrorakt die Waffen.
Diese sektiererischen Attentate wurden sowohl von den -loyalistischen Organisationen als auch von den Medien als "Reaktion" auf den Angriff der IRA dargestellt. Das ist eine oft wiederholte Lüge, denn es handelt sich um die Fortsetzung loyalistischer Mordkampagnen der letzten Jahre.So wurde im Februar 1992 innerhalb einer Woche 8 Menschen von Loyalisten ermordet, davon alleine 5, die sich in einem Wettbüro aufhielten.

Die momentane Situation

Nach dem Massaker in Greysteel gab es bis heute (8.11.93) keine weiteren loyalistischen Angriffe. Während "Friedensgruppen" in den Medien wieder einmal Konjunktur haben, herrscht in den katholisch-nationalistischen Gegenden eine sehr angespannte Atmosphäre. Die Angst vor weiteren sektiererischen Angriffen ist deutlich spürbar, denn alle können das nächste Ziel sein. Der Alltag hat einen deutlichen Einschnitt erfahren, abends gehen nur noch sehr wenige auf die Strasse oder in Kneipen.... Die nordirische Polizei RUC und die britische Armee haben die katholisch-nationalistischen Stadtteile von Belfast komplett abgeriegelt und sind massivst auf den Strassen präsent. Permanent finden Strassenkontrollen statt, streifen Patrouillen durch die Viertel....
Dies alles vermittelt niemanden hier ein Gefühl der 'Sicherheit, weil seit Jahren bekannt ist, daß die sogenannten "Sicherheitskräfte" mit loyalistischen Todesschwadronen zusammenarbeiten.
Erst 10 Tage nach Greysteel scheinen hier in Belfast erste Ansätze einer "Normalität"zurückzukehren.

Loyalistische Todesschwadrone

Diese Todesschwadrone gibt es seit Anfang der 70er Jahre als Fortsetzng von loyalistischen Organisationen, die zuvor bestanden. Ihr Ziel ist es, durch sektiererische Terrorakte jegliche politische Veränderung zu verhindern. Von besonderer Bedeutung sind die UVF (Ulster Volunteer Force) und die UDA (Ulster Defence Association), die erst letztes Jahr verboten wurde. Der Name Ulster Freedom Fighters (UFF) wurde und wird von der UDA bei Anschlägen verwendet. Die UDA unterhält enge Beziehungen zu der Democratic Unionist Party, deren Vorsitzender der auch in der BRD brühmt-brüchtigte Pfarrer Ian Paisley ist.
Die zweite unionistische Partei OUP (Official Unionist Party), die eher die Mittelklasse repräsentiert, nähert sich in Krisenzeiten der Politik der übrigen loyalistischen Organisationen an. Alle diese Organisationen kommen in einer Art "Koalition" zusammen, die sich "Ulster Resistance" nennt. Gleichzeitig gibt es aber auch unterschiedliche Positionen und die loyalistischen Paramilitärs scheinen sich immer wieder von unionistischer Politik zu entfernen.
Die Todesschwadrone waren schon immer instrumental für die britische Regierung. Einerseits lässt sich dadurch die Legende der "verfeindeten Bevölkerungsgruppen" und der britischen Armee als "Friedensstifter" aufrechterhalten. Andererseits dienen sie der Einschüchterung der katholisch-nationalistischen Bevölkerung.
Die Zusammenarbeit von britischer Armee und loyalistischen Todesschwadronen wird deutlich am Fall von Brian Nelson, der gleichzeitig "Geheimdienstoffizier" der UDA und Agent des britischen Militärgeheimdienstes war. Er organisierte Ende der 80er Jahre Waffen aus Südafrika, mit denen seitdem die Todesschwadrone ihre Aktionen durchführen. Daneben scheint es aber auch eigenständige, nicht vom britischen Militär kontollierte Aktionen loyalistischer Gruppen zu geben. Denn seit Unterzeichnung des Hillsborough-Abkommens zwischen britischer und südirischer Regierung 1985 fühlen sie sich teilweise "verraten".

Die Gespräche

Die bereits oben erwähnten Hume/Adams-Gespräche führten Ende September zu Vorschlägen für einen Friedensprozeß. Diese wurden von der britischen Regierung pauschal abgelehnt, weil sie nicht bereit ist über Vorschläge zu diskutieren, die von Sinn Fein kommen. Während nach dem Angriff der IRA diese Initiative zunächst an Bedeutung zu verlieren schien, wird sie mittlerweile in allen Medien als eine Möglichkeit für einen Friedensprozeß beschrieben. Die britische Regierung ist einerseits unter massiven Druck, eine politische Lösung zu finden. Andererseits haben sie keine politische Initiative anzubieten und sind bei parlamentarischen Entscheidungen von den Stimmen der nordirischen Unionisten/Loyalisten abhängig. Schon das Einreiseverbot für Gerry Adams nach Britannien kurz vor dem IRA-Anschlag war eine der Konzessionen der Tory-Regierung an die Unionisten/Loyalisten für deren Zustimmung zu den Maastricher Verträgen im Londoner Parlament.
Die Unionisten/Loyalisten haben ebenfalls keine politische Lösung außer einer Beibehaltung des Status Quo zu bieten. Sie weigern sich, sowohl mit der südirischen Regierung als auch mit der SDLP oder Sinn Fein auch nur an einem Tisch zu sitzen.
Was bei Gesprächen zwischen südirischer und britischer Regierung herauskommen kann, ist völlig unklar. Viel Anlaß zu Hoffnung geben derartige Gespräche jedoch nicht, denn die 1988 unter Ausschluß von Sinn Fein begonnenen endeten im November 1992 ohne irgendein Resultat.

Belfast 8. November 1993

V.I.S.d.P.: Irland-Gruppe Hamburg, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, Hamburg

Liebe Leute,
nur kurz die Mitteilung für die, die es noch nicht mitgekriegt haben, daß die US-Naziband "Type-O-Negative" am 7.12. zusammen(!) mit den Sisters of Mercy und den Ramones in der Doitschlandhalle auftreten soll. Eigentlich ist noch genug Zeit, um das, evtl. schon im Vorfeld, zu verhindern. Der örtliche Veranstalter ist Jörg Lengauer.(Kartenservice: Tel:8344073)

Die folgenden Ausschnite sind der Einfachheit halber aus der Interschlimm 172 und der radikal 145(Winter 91/92) geklaut und gekürzt, weil es ja doch schon 2 Jahre her ist, daß Peter Steele und seine Nazicombo das letzte Mal in Berlin ihre rassistische Scheiße verbreiten wollten....

Wer ist PETER STEELE?
Folgendes Interview (hier nur ein paar Auszüge) erschien im Juni91 im ROCK HARD, einer Metalzeitschrift mit 100 000er !!! Auflage.

(...)
Du hast beispielsweise zugegeben, daß du politisch - um's mal gelinde auszudrücken - extrem weit nach rechts tendierst. Du hast wörtlich gesagt, du würdest jede rechte Gruppierung - egal wie radikal oder extrem sie ist - unterstützen. Was gibt's daran mißzuverstehen ?

Peter Steele: "Kann sein, daß ich mich ziemlich extrem ausgedrückt habe - aber ich bin nunmal ein extremer Mensch und sage, was ich denke. Der goldene Mittelweg war noch nie mein Ding !"

Werden wir mal etwas konkreter: CARNIVORE sind damals als rassistisch, faschistisch und sexistisch bezeichnet worden - meiner Meinung nach zurecht !

Peter Steele: Mag sein. Wenn die Leute das so sehen wollen, ist mir das egal. Ich kümmere mich einen Dreck darum, ob mich die Leute als Nazi bezeichnen oder nicht. Ich habe das Recht meine Meinung zu sagen - und wie die von den Leuten interpretiert wird ist mir egal."

Du hast in deinem ersten Interview gesagt, du könntest es nicht akzeptieren, daß Ausländern Asyl in Amerika gewährt wird. Das ist ein ziemlich unmißverständliches Statement !

Peter Steele: Richtig und ich stehe auch heute noch dazu. Viele Ausländer kommen nach Amerika, kassieren Sozialhilfe und leben von meinen Steuergeldern, weil sie schlicht und einfach nicht arbeiten wollen. Niemand hat das Recht sich auf Kosten der Gesellschaft durchzufressen !"

Es gibt sicherlich Fälle in denen sich die Sache so abspielt, aber du kannst nicht alles verallgemeinern. Oder willst du abstreiten, daß es Asylanten gibt, die ein Anrecht auf Hilfe haben?

Peter Steele: " Meiner Meinung nach sollte sich jeder selbst helfen. Keine Regierung kann dazu gezwungen werden die Probleme der Ausländer zu lösen. Das ist falsch." (...)

Peter Steele: "Ich fühle mich nicht schuldig. Wenn man der "Dritten Welt" helfen will sollte man die Leute sterilisieren. Dann gäbe es weniger Kinder die verhungern müssen. Stop fucking and start working !" (...)

Zum Beispiel folgende: "Send you back to where you came form, get the fuck rid of you (sub) human scum !"
Wunderst du dich, wenn du aufgrund solcher Aussagen als Rassist bezeichnet wirst ?

Peter Steele: [illegible] aber es ist mir egal. Wer meine Texte nicht akzeptiert, kann die Platte aus dem Fenster werfen. (...)

STEELE ist ca. 2 m groß und sieht ungefähr so aus wie auf dieser Kopie. Trägt ohne Kopftuch lange Haare.

Am Montag, den 9.12.91 sollte TYPE-O-NEGATIVE im Westberliner "Ecstasy" spielen. Der Sänger Peter Steele läßt auch in Interviews und Texten keinen Zweifel an seiner rassistischen Einstellung. In N.Y. begrüßt ein Großteil des Publikums die Band mit "Sieg Heil" und auf der Bühne sorgen Ordner mit "White-Power"-T-Shirts dafür, daß die Band in Ruhe ihr Dreckprogramm durchziehen kann.

Wer Bands wie TYPE-O-NEGATIVE Gelegenheit zum Spielen gibt, macht sich mitschuldig an rassistischen Übergriffen. Er liefert den musikalischen Background für den rechten Terror.
Es genügt nicht, solche Konzerte zu boykottieren, sie müssen verhindert werden!!!
Im Vorfeld des Konzerts wurde über Zeitungen und Flugblätter zur Verhinderung des Type-O-Negative Konzerts aufgerufen.
Kurz vor dem Konzert wurde folgendes Statement des "Ecstasy" bekannt:

"TYPE -O-NEGATIVE findet am Montag **NICHT** statt. Wir wurden von politisch engagierten Gruppen derart massiv bedroht, daß wir beim jetzigen Stand der Dinge kein Konzert veranstalten würden, sondern eine vorprogrammierte gewalttätige Auseinandersetzung.
Wir beugen uns der Gewalt. Ecstasy "

Trotzdem versammelten sich viele AntifaschistInnen am Abend des 9.12. vor dem "Ecstasy". Am Eingang standen mehrere breitbeinige Ordner, mit Knüppel in der Hand, um das Ecstasy vor Sachschaden zu schützen. Diese wurden von ca. 50 Leuten angegriffen, es kam zu einer kurzen Schlägerei, wobei es offensichtlich war, daß die Ordner mit dieser Entschlossenheit nicht gerechnet hatten und also auch nicht gut dabei wegkamen.
Leider zerstreuten sich einige Leute nicht schnell genug, sondern gingen in großen Gruppen die Straße entlang. Die anrücenden Bullen wurden nur unentschlossen von einzelnen angegriffen, und es konnte nicht verhindert werden, daß die Bullen mehrmals Leute einsackten. Fürs nächste Mal müssen wir uns schneller und unauffälliger verdrücken, weil ja klar ist, daß die Bullen nach einer antifaschistischen Aktion wie dieser die Gegend absuchen.
Verhindern wir die Fascho-Treffen, auch wenn sie sich das "Kultur"-Mäntelchen umhängen!
Organisiert euch gegen den faschistischen Terror!
Wie wir gehört haben, wurde das Konzert auch in Hamburg und Essen verhindert.



Die BRDeutschland steckt in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung

Arbeitsplätze werden überall vernichtet, Sozialleistungen gekürzt, die politische Rechte marschiert stark und ungeniert wie nie zuvor, nur die herrschende Kaste von Politikern und Wirtschaftsbonzen genießen wachsende Einkommen und kümmert sich einen Dreck um Ängste und Nöte in der Bevölkerung.

Ungerichteter Protest und Unzufriedenheit wachsen täglich. Frust und ein Gefühl der Ohnmacht erfaßt immer mehr Menschen in unserem Land.

Doch wir dürfen es nicht zulassen, daß die Unzufriedenheit in Erfolgen nationalpopulistischer Gruppen endet.

Setzen wir uns aktiv mit den Problemen in unserem Land auseinander.

Setzen wir diesen kapitalistischen Ausbeutern ein System mit Zukunft entgegen.

Eine wirklich ökologische Wirtschaftsweise muß antikapitalistisch sein.

Eine wirklich soziale Gesellschaft muß antikapitalistisch sein.

Der Kampf gegen Faschismus beginnt an seiner Wurzel - am Kapital.

Kämpft mit uns für eine antikapitalistische Gesellschaft, denn nur so kann es eine Zukunft für uns geben.

Die "Internationale Jugend" ist eine noch junge, revolutionäre Jugendbewegung. Jugendliche verschiedenster Nationalitäten kämpfen gemeinsam um eine lebenswerte Zukunft. Nur gemeinsam können wir Veränderungen erreichen. Einzeln ist der Mensch schwach. Deshalb schließt Euch zahlreich der "Internationalen Jugend" an. Lassen wir nicht zu, daß die Herrschenden die Menschen in unserem Land in "Deutsche" und "Ausländer", in "Ossis" und "Wessis" spalten. Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen.

Bilden wir eine breite Einheitsfront gegen Faschismus und Kapital!



Die "Internationale Jugend" (IJ) Berlin trifft sich jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat im Jugendhaus (Genclik Evi) in der Grimmstrasse 23, U.-Bhf. Schönleinstrasse



Das Ghetto kämpft

»Wahrscheinlich werden alle von uns im Kampf fallen, aber wir werden uns nie ergeben! Wir brennen ... vor Verlangen, den Feind für all seine Verbrechen zu bestrafen, vor Verlangen nach Rache.« (Aus einem Manifest der Jüdischen Kampforganisation)

Anläßlich des 50. Jahrestags des Aufstands im Warschauer Ghetto sind in diesem Jahr mehrere herausragende Darstellungen des bewaffneten jüdischen Widerstands erstmals in deutscher Sprache erschienen. Darunter der sofort nach der Befreiung 1945 geschriebene und in Polen veröffentlichte Bericht von Marek Edelmann » Das Ghetto kämpft«.

Als im April 1943 die deutschen Besatzungstruppen das Warschauer Ghetto gänzlich liquidieren und die jüdischen BewohnerInnen in die Vernichtungslager verschleppen wollen, schlägt ihnen bewaffneter Widerstand entgegen. Geführt von der Jüdischen Kampforganisation ZOB setzt sich die gesamte verbliebene jüdische Bevölkerung zur Wehr. Der Aufstand wird zum Fanal für den europäischen Widerstand und ermutigt die BewohnerInnen anderer Ghettos zum Kampf gegen die deutschen » Endlöser«. Unter den Kämpfern und Kämpferinnen befindet sich Marek Edelmann, der zu den wenigen Überlebenden des Aufstands zählt. Marek Edelmann – mittlerweile über 70 Jahre alt – wird denjenigen, die ihn anläßlich des diesjährigen Jahrestages des Aufstandes in einer Fernsehdokumentation sahen, sicher in Erinnerung geblieben sein. Er war Mitglied der Jugendorganisation der größten jüdischen Partei der Vorkriegszeit in Polen, des sozialistischen Bund und gehörte der Führung der Jüdischen Kampforganisation ZOB an. Er leitete die Kämpfe im Bürstenmacherviertel. Drei Wochen nach Beginn des Aufstandes gegen einen übermächtigen Feind, gelang ihm und einigen GenossInnen die Flucht aus dem Ghetto. Edelmann berichtet in kurzen knappen Sätzen von der Entwicklung, die zur Schaffung der Kampforganisation geführt haben, nennt die Namen seiner MitstreiterInnen, erzählt von den unendlichen Mühen des Widerstands und schildert in bedrückenden Worten das Leid der Bevölkerung.

Der Bericht wird durch ein Vorwort von Ingrid Strobl und einen Anhang mit einem aktuellen Nachwort von Edelmann und drei historischen Dokumenten abgerundet.

Die Arbeiten des jüdischen Historikers Reuben Ainsztein waren bis jetzt hierzulande nur indirekt bekannt: u.a. bildeten sie eine der Hauptquellen für Ingrid Strobls Darstellung des jüdischen Widerstands in Osteuropa in ihrem Buch » Sag nie, du gehst den letzten Weg« (siehe Info Nr.10). Nun ist eine Studie Ainsztein's zum ersten Mal ins Deutsche übersetzt und in einem kleinen Verlag erschienen, die sich ebenfalls mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto beschäftigt. » Revolte gegen die Vernichtung«, das erstmals 1979 in der Holocaust Library New York erschien, ist Teil des gleichfalls in diesem Jahr im Universitätsverlag Oldenburg verlegten Hauptwerkes Ainszteins über den jüdischen Widerstand in Osteuropa während der Nazi-Besatzung. Die gut lesbare Studie, die ausführlich Zeitzeugen zitiert, ist eine Grundlage für alle, die sich eingehender mit dem Thema befassen wollen.

Zuletzt sei noch auf den ebenfalls in diesem Jahr erschienenen autobiograhischen Bericht der Komandantin des jüdischen Widerstandes in Bialystok, Chaika Grossman »Die Untergrundarmee« hingewiesen. Sie hatte mit anderen Kämpfern und Kämpferinnen im August 1943, als es zur Auflösung des Ghettos in Bialystok und Abtransport der Bevölkerung in Vernichtungslager kommen sollte, versucht, einen Massenausbruch zu organisieren. Es gelang ihr, sich in die Wälder durchzuschlagen, wo sie bis Kriegsende als Partisanin kämpfte. In dem 1992 veröffentlichten Videofilm von Ingrid Strobl »Mir seynen do« über den Aufstand und die jüdischen PartisanInnen von Bialystok, ist eine der Interviewpartnerinnen die heute in Israel lebende Chaika Grossmann.

Marek Edelmann: Das Ghetto kämpft. Harald-Kater-Verlag, Berlin 1993. DM 14,80.

Reuben Ainsztein: Revolte gegen die Vernichtung. Schwarze Risse Verlag. Berlin 1993.

Chaika Grossmann: Die Untergrundarmee. Frankfurt a.M. 1993.

Zum Artikel "Falsche Kirchen auf Sauerrahm" (Interim 260)

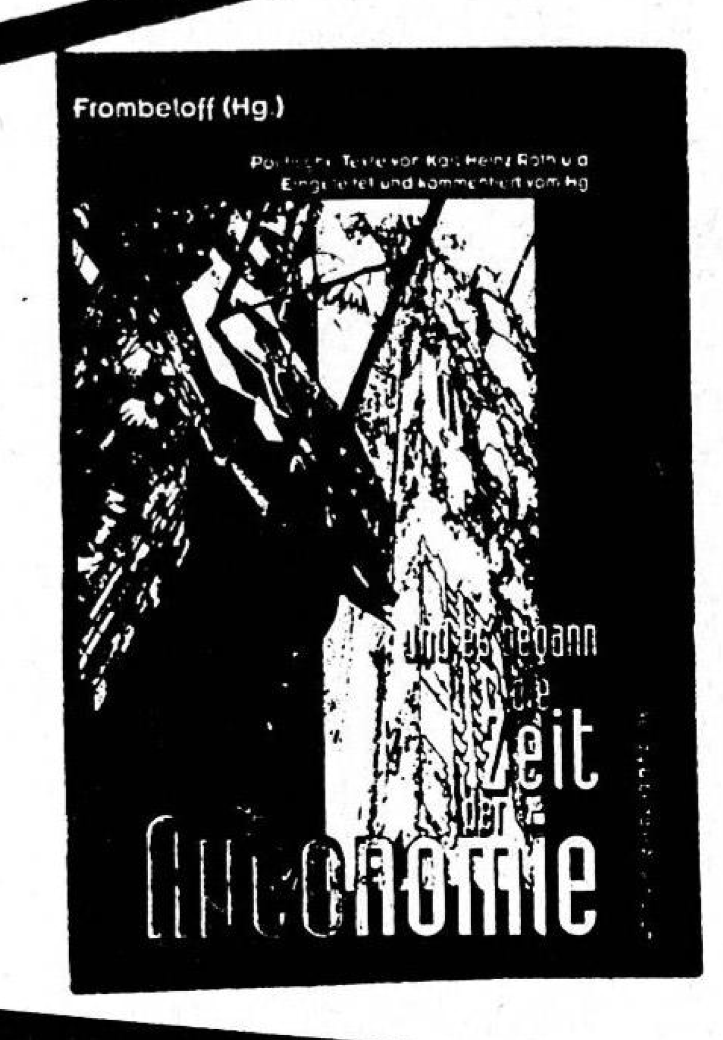
Als Frauen und Männer, die verantwortlich dafür sind, daß in der Interim 259 über "Liebe, Sex und Kirchen" anregendes (zugegeben: geklautes) zu lesen war, haben wir uns sehr gewundert, wie "Männer aus der Interim "auf den Abdruck dieses Artikels reagiert haben. Dazu und zu unseren eigenen Überlegungen wollen wir etwas sagen:
Daß der WOZ Artikel von uns in die Ausgabe hineingenommen worden ist, lag an seiner Offenheit, Lebensverhältnisse und den Umgang mit Sexualität am Beispiel von interviewten Singles zu beschreiben, während dieses Thema auch in der Interim fast nur abstrakt in den Diskussionen vorkommt. Wenn Ansichten und Erfahrungen über Liebe, Beziehungen und Sex beredet werden, dann nur mit der "Beziehung" oder unter engsten FreundInnen, also privatisiert. Wir wollen an dieser Stelle erwähnen, daß wir alle z.Zt. in mehr oder weniger festen heterosexuellen Zweierkisten leben.

Aber zurück zu unseren Überlegungen. Wir finden, der WOZ Artikel spricht mehr Lebenssituationen und das Umgehen in ihnen mit Sexualität an, als nur das Single-Dasein. Von der Dreierbeziehung, den Alleinerziehenden bis hin zu anderen "vielfältigen Mischungen von Verbindlichkeiten"; und Alice spricht auch von der Zärtlichkeit, die "ich mir selber gut schauen kann". Dabei bleibt der Artikel nicht auf Hetero-Beziehungen fixiert und legen die Interviewten entgegen eurer Unterstellung, Wert auf "ein Netz von sozialen Orten und von Personen, auf die man sich verlassen kann", ein "Gefühl der Verbindlichkeit", letztlich ein soziales Umfeld.
Daß also hier mal aus anderer Perspektive geschaut wird, sprach für die Hereinnahme, trotz mancherlei Mängel an kritischer Distanz zu dem Gesagten, was ihr ja am Beispiel der Arbeitsbedingungen und Verwertungslogik gleich messerscharf herausgefiltert habt. Sicherlich kann man sich über viele der geäußerten Ansichten bestens streiten, aber das wäre ja der Einstieg in eine fruchtbare Diskussion. Beispielsweise scheinen die befragten Männer (Georg + Sven) eher ein funktionales Verhältnis zur Sexualität zu haben, aber erkennt ihr von euch denn darin nichts wieder? Und wenn doch, was bedeutet das für die Veränderung der Männer? Aufgestoßen ist uns auch noch eure Behauptung, daß "Sexualität im 'Single-Dasein' zur 'Ware' und der Mensch zum 'Sexualobjekt'" wird, der "freie Wille...pure Illusion" sei. Wir fragen uns, was eure Erfahrungen sind, daß ihr das allen Singles unterstellt? Und meint ihr etwa, nur 'Marionetten' des Systems und der Verhältnisse zu sein - auch bei gegenseitigem Einverständnis der Beteiligten im Bereich der Sexualität?
An anderen Stellen ist der Artikel für unseren Geschmack eher banal, z.B. daß wer aus ökonomischen Zwängen oder freiwillig extrem viel malochen geht, zu sozialen Beziehungen, Verantwortlichkeiten und Sexualität wenig bis garnicht in der Lage ist. Das ist banal und dennoch ein Problem, das viele von uns kennen und bei dem wir bisher in unseren Diskussionen keinen brauchbaren Ausweg gefunden haben.
Darüber hinaus beklagt ihr,, daß wir die Hereinnahme des Artikels nicht kommentiert haben. Daß der geneigten LeserInnenschaft alles nur vorgekaut - ihr sagt: "erkennbar" - dargestellt werden muß, sehen wir nicht so! Zumal wir manchmal in der Kürze der Produktionzeit auch nicht gerade die Wesentlichkeiten zu Papier kriegen. Außerdem belegen eure Reaktion und Horst's Artikel in der Nr.261 (der uns im übrigen an vielen Punkten aus dem Herzen sprach), daß sehr wohl auch ohne Kommentierung diskutiert werden kann. Für unser Empfinden wäre es einen Schritt weiter, möglichst konkret zu werden und nicht auf der Ebene linksradikaler Richtigkeiten zu verweilen, die in eurer Antwort den größten Teil ausmachen. Warum bleibt ihr dabei stehen und bemerkt nur die Notwendigkeit einer weitergehenden Diskussion ?

Zum Schluß: Wir kennen auch die Schwierigkeiten, über die eigenen Gefühle, über Ängste und über die Lust auch außerhalb unser engsten Beziehungen zu reden. Wenn diese Schwierigkeiten viele haben, ist es erklärbar, warum zwar über patriarchaliche Herrschaftsverhältnisse (und sicherlich noch zuwenig) diskutiert wird, unsere Erfahrungen aber, die Anstrengungen und der Spaß, diese Verhältnisse zu überwinden, zu kurz kommen.

Überlassen wir das Thema Sexualität nicht den Sekten!

Liebe + Anarchie
die KirschkernspuckerInnen



Schlafsahne auf die Kirschen

zum Interim-Artikel "Falsche Kirschen auf Sauerrahm (260) und "Liebe ist wie die Kirsche auf dem Schlagrahm" (259)

Ist doch gut, daß die Interim-Redaktion von 259 den Artikel aus der WOZ veröffentlicht hat; sonst wären wir nicht in den Genuß eurer Belehrung über die Wirkungsweise des Patriarchats im allgemeinen und im besonderen gekommen!

Im Ernst: ich finde euch pharisäerhaft, daß ihr die Redaktion dafür kritisiert, daß sie diesen Artikel UNKOMMENTIERT veröffentlicht hat. Was hätte sie denn drüber schreiben sollen? "Achtung: den Text hier wollen wir nur zur Diskussion stellen, er gibt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!" ? Das sollte eigentlich unsichtbar über jeder Veröffentlichung in der Interim stehen. Beiträge, die nichts anderes als Hofberichterstattung sind oder den rechten Glauben zum x-ten Mal entfalten, sind langweilig und unproduktiv. Der Grund, warum der Text veröffentlicht wurde, ist für mich unmittelbar aus dem Text selbst zu erkennen, und für euch ja offenbar auch, denn ihr erläutert uns das dann auch: "Was hier in dem Artikel so ganz nebenbei als positiv dargestellt wird, trifft genau die Stoßrichtung, in der sich die heutigen patriarchalen Verhältnisse entwickeln". Wenn das kein Grund für eine Dokumentation und eine sich daran anschließende Debatte ist...

Diese scheint euch, da wo sie konkret wird, allerdings gar nicht so wichtig zu sein. Zum Schluß listet ihr die entscheidenden Fragen, die wir an uns selbst richten müssen, noch einmal auf: "So sollten wir uns in diesem Zusammenhang auch fragen:
- wo und wie gehen wir mit anderen Menschen funktional um
- wo tragen wir (auch ungewollt) zu Herrschaftsverhältnissen bei
- wie wirkt sich das in unserer Sexualität aus - wie gestalten wir unsere Sexual- Liebes- und anderen Beziehungen".

Es wäre mir - und anderen Frauen geht es sicher ähnlich - eine große Erleichterung, wenn ihr mit der Selbstgeißelung aufhören würdet und stattdessen einfach mal damit anfangen würdet, die letzte der Fragen zu beantworten, statt sie nur immer wieder zu stellen. Das wäre eine Reaktion auf den Artikel gewesen, die mir wirklich was gebracht hätte. Was macht ihr, wenn ihr ohne Beziehung seid und Bedürfnis nach Zärtlichkeit habt? Was macht ihr, wenn ihr spürt, daß Liebe und sexuelle Wünsche auseinanderstreben? Wohlgemerkt: meine Frage ist nicht: welchen Umgang damit findet ihr korrekt, sondern: was ist eure Praxis, eure eigene Erfahrung?

Ich finde, daß ihr mit der Einschätzung des WOZ-Artikels im großen und ganzen recht habt; auch ich finde die Art, wie sie ihre Bestandsaufnahme zur Sexualität der Singles weitergeben, unkritisch. Schon der Begriff "Singles" ist vernebelnd, denn alleinstehende Frauen sind in dieser Gesellschaft einfach etwas anderes als alleinstehende Männer, selbst bis in Szene-Kreise hinein. Der große Vorteil des Artikels liegt aber darin, daß er einen unverstellten Blick auf die Denkweise der jungen TrägerInnen-Schicht des modernen Kapitalismus ermöglicht (Vielleicht moderne Gesellschaft schlechthin) und das macht ihn auch zu wertvollem Diskussionsmaterial.

Dies ist eine Aufforderung, die Debatte über Sexualität konkret zu führen und nicht mit Hinweis auf die entrechteten Frauen in der ehemaligen DDR und Trikont-Ländern abzubügeln! Das Stichwort, das ihr liefert, die Warenbeziehung, unter der sich auch der Tausch von Zärtlichkeiten vollzieht, taugt sicher als Hilfsmittel für die

gesellschaftliche Analyse. Ob er uns auch im Begreifen unseres eigenen Alltags weiterhilft, weiß ich nicht so recht. Es stimmt zwar, daß auch alle unsere Verhaltensweisen den gesellschaftlichen Bedingungen unterliegen, aber schließlich schöpfen wir doch auch unsere Hoffnung auf Befreiung, auf Emanzipation von den herrschenden Zwängen, nicht nur aus der Theorie sondern aus unserer eigenen Erfahrung, daß unsere Bedürfnisse unter den herrschenden Verhältnissen nicht eingelöst werden können und deshalb über sie hinausweisen. Also müssenwir den Mut haben, unsere eigenen Erfahrungen kritisch, aber ohne Schuldgefühle zu betrachten, weil wir nur darin die Spuren gesellschaftlicher Utopie finden werden.

Um die Debatte nicht nur einzufordern, sondern selbst auch einen Beitrag dazu zu leisten, will ich noch was dazu sagen, wie ich das Verhältnis zwischen Sexualität und Liebe erfahren habe. Ich empfinde es erstmal als eine große Befreiung, daß ich mich traue zu begehren ohne zu lieben. Lange Zeit habe ich mich selbst unter den Druck gestellt, daß ich ein Gefühl von Liebe produzieren muß, um mein erstmal überwiegend körperliches Interesse an jemand sozusagen zu adeln und zu rechtfertigen. Inzwischen bin ich davon überzeugt, daß das Bedürfnis nach körperlicher Berührung und danach, sich dieser Berührung zu überlassen, etwas sehr urtümliches und eigenständiges ist, dessentwegen ich mich nicht schämen muß. Es stellt sich nur ein, wenn ich an einer Person ein positives Grundgefühl und irgendwie Interesse habe, ist aber längst nicht an den großen Gleichklang der Seelen gebunden. Ich wäre deshalb ganz froh, wenn ich diesem Bedürfnis angstfreier nachgehen und dabei,anstatt der gesellschaftlichen Tabus, meine eigenen Grenzen herausfinden könnte. Die Ängste sind zum Teil real, z.B. wenn ich Angst vor der Funktionalisierung durch Männer habe. Denn wenn das Begehren das Joch des Liebeszwangs abschüttelt, dann ist das für uns Frauen vielleicht ein Schritt zur Befreiung, aber für Männer unter Umständen (ich betone: unter Umständen!) nichts anderes als die Verbesserung ihrer Ausbeutungsbedingungen uns gegenüber. Zum Teil sind die Ängste aber auch schlicht die Furch vor dem Schritt ins Neuland.

Ich fände es schon wunderbar, wenn sich das ganze Feld zwischen den Polen Vertrautheit, Begehren, Liebe, Neugierde, Sympathie zu vielfältigen Beziehungen entfalten ließe, wo die Übergänge zwischen Freundschaft - Liebesbeziehung - sexuelle Beziehung fließend würden. (Auf das Problem, in der heterosozialen Gesellschaft gleiche Möglichkeiten für gleich- und verschiedengeschlechtliche Beziehungen zu schaffen, will ich hier gar nicht eingehen)

Männer würdenihre Wünsche wahrscheinlich anders beschreiben. Ihre Vorstellung von Befreiung müßte sich, soweit sie ihre Verwobenheit mit patriarchaler Macht nicht leugnet, an ganz anderen Rahmenbedingungenorientieren. Aber warum sollen wir sie unsnicht gegenseitig mitteilen?

Um nochmal auf den WOZ-Artikel zurückzukommen: eine Telefonliste von verfügbaren Körpern zu haben, stelle ich mir auch ein bißchen gruselig vor. Nicht, weil ich's empörend finde (finde ich auch nicht verwerflicher, als sich an einer politischen Gruppe festzuklammern, weil mensch Angst vor dem Alleinsein hat), sondern weil mein Bedürfnis darin einfach nicht aufgehen würde. Dann nehme ich lieber ein warmes Bad, onaniere und les dann noch ein bißchen was schönes.

Liese K.

WIR GEHEN ALLE!!!!'......................ALLEINE UNTER
DESHALB: VERNETZUNGSTREFFEN!!!!!

Wir sind Menschen aus besetzten Häusern und Wagenburgen, die sich seit einiger Zeit mit dem Thema "Umstrukturierung in Berlin" und der damit einhergehenden Bedrohung unserer Lebensräume auseinandersetzen.

Einige der Häuser und alle Wagenburgen in der Innenstadt sind mehr oder weniger akut räumungsbedroht. Jedoch erstreckt sich die Existenzbedrohung auch auf andere Menschen:

- immer mehr MieterInnen werden zwangsgeräumt
- alternative Projekte und kleine Läden sowie Kiezkneipen können die horrenden Gewerbemieten nicht mehr bezahlen
- die Zerstörung und Zubetonierung der Stadt

etc.

Disem Prozess wirklich effektiv Widerstand entgegen setzten, kann unserer Meinung nach nur ein möglichst großes Bündnis von Gruppen, Projekten und einzelnen Menschen. (s.NoOlympia)
Folgende Themen schlagen wir deshalb vor:

-BERICHT ZUR SITUATION
-ERFAHRUNGSAUSTAUSCH
-HANDLUNGSVORSCHLÄGE
-VERNETZUNG

Zu diesem Treffen am

DONNERSTAG dem 25.11.93 um20 Uhr

in der Brunnenstr.7,2.Hof linker Aufgang

laden wir euch ein!!!

denn WIR BLEIBEN ALLE!

p.s. Solltet Ihr an der Sache interessiert, jedoch an diesem Tage verhindert sein, geben wir euch folgende Kontaktadresse bekannt:

Kastanienallee77,10435 Berlin
c/o Projektetreffen

V.i.S.d.P. Häuser&Wagenburgen-Plenum



das ausgrenzungsgespenst-
linke drogenpolitik

frühere erfahrungen und das jetzt

sowas wie linke drogenpolitik gibt es hier überhaupt nicht. in den köpfen steckt entweder zuviel zu den eigenen politischen entwicklungen und auch persönlichen politisch-strukturellen problemen und eigenem psychomüll oder aber sie findet nicht statt, weil wir hier nicht (mehr !) direkt mit dem h und junkies konfrontiert sind. als die nicht mehr existierende vokü in zentraler stadtlage mit zur vokü-zeit offenem infoladen noch bestand, gab es probleme mehr mit leuten, die die vokü als billige bierquelle sahen und sich mehr störend auf diskussionen und politisches bemerkbar machten. ich weiß von einer frau auf h, die regelmäßig in die vokü kam und sehr kaputt war und die nach einem entzug aber sehr engagiert und positiv drauf war, daß sie nach einiger zeit unseres wissens nach wieder in die h-szene abgerutscht ist, halte ich mit für den beweis unseres versagens zu diesem thema.

politische arbeit ist bei dauerprallsein unmöglich

generell läßt sich sagen, daß leute, die permanent nur interesse am zugeprallt sein hatten, egal ob shit oder alk oder h. als störend in politischen zusammenhängen empfunden worden sind und ihnen das auch immer gesagt wurde, da es vielen zu blöd wurde, immer die filter von den joints aufzusammeln mit dem hintergedanken, was wohl offiziell daraus gemacht würde, wenn diese im laden/vokü bei einem bullenbesuch gefunden würden, oder auch weil niemensch bock hatte, dauernd anderen ihre bier- und seltener mitgebrachte schnapspullen hinterherzuräumen und sich zum wirtln wider willen gemacht zu sehen oder für im treppenhaus liegende junkies im sowieso schwierigen verhältnis zu anderen leuten im haus verantwortlich gemacht zu werden, abgesehen davon, daß dauerprallsein jeder art einfach keine politische arbeit erlaubt.

dosis fecit venenum

das war eine kleine beschreibung des ehemaligen zustands, wie er jetzt durch die auflösung der vokü nicht mehr besteht und wie er typisch war in der konfrontation mit dem gebrauch verschiedener suchtmittel. ganz persönlich denke ich einfach, daß der *übermäßige* konsum aller legaler oder illegaler drogen ein problem ist: wie heißt es so schön ? dosis fecit venenum: die menge macht die giftigkeit aus.

kann mensch alle drogen gleich werten ?

ohne in das klischee von den guten und bösen drogen verfallen zu wollen, möchte ich zu bedenken geben, daß alle drogen aus hanf sozusagen natürliche drogen sind, die auch kulturell verankert sind, auch cocablätter oder alkoholische gärprodukte gehören dazu. anders die viel stärkeren sachen wie heroin, koks, amphetamine, crack ect. die ohne die dahintersteckenden interessen der chemie- und pharmaindustrie nicht denkbar sind. von daher ergibt sich für mich schon eine differenzierung in sagen wir mal selbstbestimmte drogen oder in auf eine art aufgenötigte drogen.

aufgenötigte drogen als waffen gegen menschen

wenn sich dann noch der verdacht aufdrängt, daß solche drogen benützt werden um die sozialen und politischen zusammenhänge zwischen menschen bewußt zu unterlaufen und zu zerstören, muß gegenwehr erlaubt sein. der plattspruch "heroindealer verpißt euch" trifft es für mich schon ziemlich genau. wenn ich eine kneipe hätte, würde ich auch nicht wollen, daß dort schritt für schritt das h fuß faßt, weil ich es für eine scheißdroge halte. als bayer es als entwöhnungsmittel (!) für morphium auf dem markt etabliert hat, haben sie statt der vorgeschobenen sozialkomponente wohl doch eher an harte profite gedacht. eine ganz peinliche frage ist für mich auch die manchmal auftauchende idee von befreiungsbewegungen, die sich mit über heroinhandel finanzieren sollen, ohne daß das aber in der linken überhaupt ein thema ist. hier wird möglicherweise auch fett profit gemacht auf kosten anderer.

redet nicht über sondern mit betroffenen menschen

wie aber kann gleichzeitig eine ausgrenzung von menschen auf h verhindert werden, ohne daß aber in szenekneipen gedealt und gedrückt wird ? vielleicht kommt mensch hier weiter in der diskussion mit junkies und junkieprojekten, um konzepte zu entwickeln, statt mal wieder über betroffene zu reden statt mit ihnen.

nicht ganz strukturierte gedanken einer frau aus augsburg

ÜBERLEGUNGEN ZU DER AKTION GEGEN DAS "AUERBACH" ZU HANDGRANATEN UND ANDEREN

Am 19.10 berichteten sämtliche Berliner Zeitungen, daß in der Nacht zuvor, eine Handgranate im Nobelrestaurant Auerbach in Kreuzberg explodiert war. Der Sachschaden beträgt nach Angaben der Bullen 100.000 DM.

Geschichte des Auerbachs und der Kreuzberger Einrichtungen für Yuppies und andere Reiche
(langjährige, versierte KreuzbergerInnen sollten diesen Teil überspringen, um nicht einzuschlafen. Ist eher für Ortsunkundige gedacht)

Das Auerbach ist ein Feinschmeckerrestaurant, das seit ca. 4 Jahren am Rand von Kreuzberg existiert. Ein Hauptgericht kostete dort vor 2 Jahren durchschnittlich 32.50 DM (Angaben der "Berliner Morgenpost"), Miniportionen, wie's sich für FeinschmeckerInnen gehört, versteht sich.
Einige Restaurants dieser Preisklasse sind in den letzten Jahren in Kreuzberg entstanden. Sie waren nicht nur eine, sondern, gelinde ausgedrückt, zwei Nummern zu 'groß' für die Geldbeutel der allermeisten KreuzbergerInnen und im Vergleich zu den Restaurants, die es bis dahin gab. Für viele standen diese Nobelläden in direktem Zusammenhang mit dem Versuch, durch Anhebung der Mieten für Wohnraum (Wegfall der Mietpreisbindung in Berlin), durch Modernisierung der Wohnhäuser und Verteuerung der Gewerbe- und Ladenmieten, Kreuzberg in einen sauberen, für Besserverdienende attraktiven Kiez zu verwandeln. Dazu gehört natürlich auch eine entsprechende Infrastruktur : teurere Läden, Cafes und Restaurants.
Das Auerbach war als Teil dieser Umstrukturierung des Kiezes vielen KreuzbergerInnen ein Dorn im Auge.
Mit dem Zusammenbruch der DDR fand sich Kreuzberg plötzlich in der Mitte des 'wiedervereinigten' Berlins wieder, womit endgültig klar war, daß dieser Bezirk nicht mehr lange das bleiben würde, was er mal war.
Als das Auerbach eröffnete, hatten die BetreiberInnen des Maxwells Berlin schon verlassen. Das Maxwell war eines der ersten Nobelrestaurants in Kreuzberg. Einige Liter Scheiße hatten ihnen die Oranienstraße als Standort sprichwörtlich versaut (Aktion "Kübel").
Auch das Auerbach sollte nicht ungeschont davonkommen:
Am 14.Juli 91 verließen ca. 15 'autonome RestauranttesterInnen' das Auerbach nach einem ausgiebigen Essen mit dem Hinweis, die Rechnung solle Frau Süßmuth, Herrn Waigel oder Herrn Diepgen geschickt werden. Ungeachtet der 50 DM Trinkgeld, die sie für die Bedienung hinterließen, solidarisierte sich diese sofort mit ihrem Chef und verfolgte die autonomen TesterInnen in einem PKW, ohne sie jedoch zu erwischen.
Doch ab und zu eine Mahlzeit auf Rechnung des Hauses, macht einen Ladenbesitzer noch lange nicht Pleite.
Am 5.Oktober 91 kam es zu einem Kübel-come-back. Mit der gleichen Argumentation, mit der Jahre zuvor den Gästen des "Maxwell" Scheißekübel vor die Schuhe gekippt worden ("es paßt uns nicht, daß unsere zunehmende Armut als Exotik verkauft wird"), wurde den BesucherInnen des Auerbachs ein 'Pigeon a la olimpique' serviert:
3 madengefüllte Tauben, 2 Kilo Pferdemist, 1 Kilo Fleischmaden, 2 Kilo Hundefutter (Kuddeln), 2 Kilo Blättermagen und 2 Liter Wasser, in einem luftdichten Gefäß einen Monat durchgezogen, ganz in schwarz aufgetragen. Damit die Gäste auch lange was von diesem einmaligen Gericht hatten, wurde der Ausgang des Restaurants mit einem Fahrradschloß verschlossen. So konnte auch niemand den KöchInnen nachstellen.
Resultat der Aktion war, daß es eine zeitlang im Auerbach sogenannte Einlaßkontrollen gab. Die Tür war verschlossen. Gäste mußten klingeln, um ins Restaurant zu kommen und sich am Eingang begutachten lassen. Aber das fanden die Damen und Herren vielleicht sogar noch aufregend.
Ein Jahr später wurde der Laden wieder besucht und die nette Atmophäre mit Rauchbomben vernebelt.
Festzustellen blieb, daß sich die BetreiberInnen des Auerbachs offensichtlich in den Kopf gesetzt hatten, in Kreuzberg zu bleiben und mit einfachen Mitteln nicht zu erschrecken waren.
Inzwischen hat sich die gesamte Kneipen- und Läden- Scenerie in Kreuzberg merklich verändert (verteuert). Vor allem gibt es jetzt insgesamt mindestens fünf mal so viele Gastronomiebetriebe und Läden, wie vor einigen Jahren, was auch dadurch möglich wurde, daß ehemals als Wohnraum genutzte Ladenwohnungen gekündigt wurden.
Die BetreiberInnen des Auerbachs wissen sich also mittlerweile in guter Gesellschaft.
Die beschriebene Entwicklung wurde in linken, autonomen Kreisen zwar argwöhnisch betrachtet, aber nirgends war eine Kraft in Sicht, die dem tatsächlich etwas entgegensetzen konnte.
Eine weitere Nobelkneipe (das "Exil") wurde noch "gekübelt", ebenfalls ohne weitergehenden Erfolg. Ansonsten war es ruhig geworden um die Einrichtungen der Yuppis und Reichen.

Die letzten Anschläge

In diese Ruhe krachte am 18.10.93 eine Handgranate und sorgte nicht nur in der Presse für Wirbel. 100.000 DM Sachschaden, das war eine ernstgemeinte Aufforderung, den Laden zu schließen.
Leider hat sich inzwischen herausgestellt, daß das Auerbach auch diesen Schaden verkraftet und weitermacht.
Um es vorwegzunehmen: Der Anschlag ist unserer Meinung nach eine sinnvolle Fortsetzung der schon gelaufenen Aktionen. Daß sich die BetreiberInnen nicht durch einen Eimer Scheiße aus der Fassung bringen lassen, hatten sie längst gezeigt. Sollten sie sich tatsächlich vertreiben lassen, dann nur durch eine ernsthaftere Bedrohung.
Zwei Tage später detonierte eine mit Sprengstoff gefüllte Taschenlampe an der Außenfront des Schaufensters eines teuren Feinschmeckerladens, der italienische Spezialitäten verkauft: "Alimentari & Vini" in der Skalitzerstr. Vor Ort wurde ein Vermerk hinterlassen, daß dies die letzte Warnung sei und die Aufforderung, den Kiez bis zum Januar 94 zu verlassen.
Als der Laden vor Jahren eröffnete, war er schon relativ teuer, aber mittlerweile sind die Preise dermaßen gestiegen, daß ein Teil der Kundschaft ausblieb und nur noch wohlhabende Leute dort einkaufen können. Die Aktion gegen den Besitzer Blumhagen, der seit Mai diesen Jahres auch Eigner eines teuren Restaurants in der ehemaligen TAZ-Kantine in der Kochstr. ist, war ebenfalls nicht die erste: Ihr gingen Warnungen und das Abbrennen seines Autos voraus.

Zu den Aktionen gegen das Auerbach und "Alimentari & Vini" bekannte sich laut Presse die Gruppe 'Klasse gegen Klasse'. Ein Bekennungsschreiben wurde bisher nirgendwo veröffentlicht.
Die Berliner Morgenpost warb am 27.10 mit dem Titel:"Terror in Kreuzberg - Autonome werden immer brutaler", und die BZ wußte am 19.10 vom "Caoten-Krieg in Kreuzberg" zu berichten. Insgesamt waren die Pressemeldungen alle sehr eindeutig. Kein Rätselraten, um was es da gehen könnte. Es wurde sehr deutlich, daß sich die Aktion gegen teure Restaurants richtet und daß es Leute gibt, die bereit sind diese aus Kreuzberg zu vertreiben. Außerdem wurde in dem Zusammenhang an viele vorausgegangene Aktionen gegen das Auerbach oder ähnliche Läden erinnert. Insgesamt hatte sich der Anschlag also gut vermittelt.
Alle, die schon immer etwas gegen ein 'saubereres' Kreuzberg hatten, die tatsächlich in vielen Schaufenstern nur noch die Auslagen begutachten können, deren Geldbeutel dem Milchkaffe für 4 Mark aufwärts nicht mehr gewachsen sind, hatten Grund sich zu freuen. Auch alle, die schon immer mit dem Kampf der Umstrukturierung solidarisch waren und selber die eine oder andere Aktion unterstützt, hätten begeistert sein müssen. Doch dem war nicht so.
In einigen Teilen der Scene wurde insbesondere die Aktion gegen das Auerbach relativ mißbilligend zur Kenntnis genommen: Einen Hauptstreitpunkt stellt dabei die Verwendung einer Handgranate in diesem Zusammenhang dar. Anscheinend herrscht große Unklarheit darüber, was eine Handgranate überhaupt ist, welche Wirkung sie erzeugen kann, wie zielsicher und genau sie eingesetzt werden kann. Den Spekulationen vieler Autonomer nach, handelt es sich dabei schon um schweres Kriegsgerät mit verheerender Sprengkraft. Schon allein die Tatsache, daß eine Handgranate kein autonomes Selbstlaborat, sondern eine industriell hergestellte militärische Waffe ist, läßt sie in ablehnungswürdigem Licht erscheinen.
Das ist uns, ehrlich gesagt, zu assoziativ bzw. spekulativ.

Was ist eine Handgranate?

Es gibt eine ganze Reihe von Frauen und Männern, die sich schon mal mit dieser Waffe beschäftigt haben, sei es in der vormilitärischen Ausbildung in der Ex-DDR, bei der NVA oder Bundeswehr oder, indem sie sich welche besorgt und getestet, bzw. sich darüber informiert haben. Viele, besonders Westautonome und jüngere Leute jedoch haben wenig bis gar keine Ahnung davon und denken bei einer Handgranate gleich an etwas größeres wie etwa an eine Panzerfaust.
Wir gehen nicht davon aus, daß die Handgranate, die ins Auerbach geworfen wurde, die einzigste sein wird, die je aus linken politischen Zusammenhängen heraus geworfen wird. Außerdem finden wir Handgranaten ein für viele Vorhaben gar nicht so ungeeignetes Mittel. Deshalb erklären wir hier einiges zu ihrer Funktions- und Anwendungsweise:
Eine Handgranate besteht aus einem etwa faustgroßen Metallei, welches mit 150-200 Gramm TNT gefüllt ist. Diese Menge ist **wirklich nicht** ausreichend, um Wände oder Decken eines durchschnittlichen Wohnhauses hierzulande zum Einstürzen zu bringen.
Ins Innere der Handgranate wird ein Zünder geschraubt, der selber eine kleine Portion Sprengstoff enthält. Der Zünder enthält einen Mechanismus, der, wenn er entsichert wird, die kleine Portion Sprengstoff am Ende des Zünders zündet, die wiederum den Sprengstoff in der Handgranate (Metallei) zündet.
Eine Handgranate löst eine Druckwelle aus, die sich relativ gleichmäßig verteilt (da keine Verdämmung in eine bestimmte Richtung). Sie kann, in einen Raum geworfen, das Inventar, das in unmittelbarer Nähe der Detonation rumsteht, zerstören. Die Größe des Schadens richtet sich nach der Größe des Raums und der Anzahl der Fenster, durch die die Druckwelle natürlich als erstes entweicht. Das Auerbach ist ein relativ großer Raum mit großer Fensterglasfront, dementsprechend war die Zerstörung im Raum selbst relativ gering, wie man auch im Fernsehen sehen konnte. Die Höhe des Sachschadens kam dort v.a. durch den Bruch der besonders teuren bleigerahmten Schmuckfenstergläser zustande.
Das Auerbach befindet sich im Parterre eines Wohnhauses. Eine der Befürchtungen war, daß die Menschen die darüber schliefen, durch den Anschlag gefährdet waren. Dies müßte nach vorhergegangenen Erklärungen aus dem Weg geräumt sein.
Handgranaten sind eigentlich von ihrer militärischen Bestimmung her nicht dazu gemacht, um Sachschaden in Räumen anzurichten, sondern, um den "herannahenden Feind" (nicht unsere Wortschöpfung) auf offener Straße o.ä. zu stoppen. Für andere Zwecke wurden sie hierzulande bislang nur von Mafiakreisen verwendet.
Wir nehmen an, daß die diejenigen, die die Aktion gegen das Auerbach gemacht haben, dieses Mittel mehr als ernstgemeinte Drohung gemeint haben, als das es ihnen auf die Höhe des Sachschadens ankam.

Es gibt eine weitere Form der Handgranate, die Splittergranate. Sie ist mit einer dicken eingekerbten Metallummantelung umgeben. Diese Granate setzt aus dieser massiven Ummantelung zusätzlich noch Metallsplitter frei, die sich in einem gewissen Umkreis überall hineinbohren.
Die/der WerferIn einer einfachen Handgranate muß bei deren Detonation mindestens 10 Meter entfernt sein, damit keine Lebens- oder größere Verletzungsgefahr besteht. Je weiter weg, desto besser. Splitterhandgranaten müssen aus einer sicheren Deckung heraus geworfen werden, damit du selbst keine Splitter abbekommst. Als Deckung reicht eine Wand, bzw. ein Auto, wenn du deinen Körper gesamt dahinter verbirgst.
Alle Handgranaten haben eine Sicherung, ähnlich der bei großen CS-Gas-Ausführungen. Nach dem Ziehen dieses Sicherungsdrahtes, der einen Bügel hochschnallen läßt (wenn man ihn nicht mit der Hand weiter andrückt), bleiben noch 6 Sekunden Zeit bis zur Detonation.
Du kannst den Metallbügel, der von der Sicherung runtergedrückt wurde, selbst erst mit der Hand andrücken und dann die Sicherung rausziehen. So schnellt der Bügel nicht hoch, der Zündmechanismus wird nicht ausgelöst und du könntest die Handgranate theoretisch noch beliebig lange in der Hand halten. (Das ist vielleicht einigen aus Filmen bekannt, wo z.B. der Erpresser die Granate (Sicherung raus, Bügel jedoch angedrückt) in der Hand hält und damit droht, bei Nichteinhaltung bestimmter Bedingungen sich selbst und die Geisel in die Luft zu jagen.)
Vom Zeitpunkt, wo der Bügel losgelassen wird (und das braucht ja erst durch Wegwerfen und damit Loslassen des Bügels sein), ist noch genug Zeit, sich zu entfernen.

Es ist also sehr wohl möglich mit einer Handgranate zuverlässig und sicher umzugehen und ihre Wirkungsweise einzuschätzen.
Es ist ja kein Geheimnis, daß einige Zeit nach der "Wende" Handgranaten und andere Waffen relativ günstig und ohne großes persönliches Risiko erstanden werden konnten. Die Zeitungen berichteten hin und wieder davon, wenn Waffen aus den Restbeständen der Roten Armee bei Durchsuchungen gefunden wurden (bei Rechten und Militariafreaks). Es bleibt zu hoffen, daß die Linken nicht wieder alles verschlafen haben.
Wenn solches Material zu haben ist, fänden wir es sinnvoll, wenn gerade die Linke sich damit beschäftigt, welche Dinge sie gebrauchen könnten, sich informiert und gegebenenfalls Bestände anlegt. Wir finden es falsch, Waffen oder industriell hergestellte Sprengsätze wie z.B. die Handgranate abzulehnen, weil sie in erster Linie vom Militär verwendet werden und hoffen, daß wir mit unseren Ausführungen Handgranaten erfolgreich entmystifiziert haben.
Wir gehen davon aus, daß sich die Gruppe, die den Anschlag gegen das Auerbach gemacht hat, mit dem Mittel vorher vertraut gemacht hat. Schade, daß sie dazu nichts schreiben. Das könnte nämlich dazu beitragen, einer Hierarchie der Mittel und ihrer Mystifizierung entgegenzuarbeiten und daß sich mehr Frauen und Männer überlegen, ob und wie auch sie damit verantwortlich umgehen können.

Die Anwendung einer Handgranate war für diejenigen, die die Aktion durchgeführt haben, bestimmt wesentlich sicherer, als wenn sie in das mit Alarmanlage versehene Lokal eingedrungen wären, um es dort eigenhändig zu Klump zu hauen (was wiederrum eher einer autonomem Aktionsform entspricht). Dies hätte viel Lärm gemacht, viel Zeit beansprucht, alles Faktoren, die gegen eine sichere Durchführung einer Aktion sprechen.

Weitere Kritiken im Zusammenhang mit der Aktion gegen das "Auerbach"

Wenn die bisher genannten Argumente immer noch nicht in der Lage sind, die Mißbilligung der Aktion zu revidieren, dann handelt es sich unserer Meinung nach bei den KritikerInnen entweder um solche, die das politisches Konzept der Gruppe, die den Anschlag laut Presse durchgeführt hat ("Klasse gegen Klasse"), genauso wie einzelne ihrer Aktionen ablehnen, und denen es nicht mehr gelingt, die Anwendung dieses Mittels gegen das Auerbach losgelöst davon zu sehen. Ein anderer Grund für die Ablehnung der Aktion seitens vieler Autonomer ist die Meinung, es politisch falsch zu finden, ein Lokal wie das Auerbach ernsthaft (konsequent) anzugreifen, aber dazu später.

"Klasse gegen Klasse"

Für die, die noch nie etwas von "Klasse gegen Klasse" gehört haben, hier eine kurze Zusammenfassung:
"Klasse gegen Klasse" ist die einzigste Berliner Gruppe, die seit längerer Zeit kontinuierlich unter gleichem Namen Aktionen durchführt und somit eine nachvollziehbare Praxis hat. In einer Broschüre erklärten sie zum ersten Mal ihr theoretisches und praktisches Konzept:
Wie der Name schon verrät, bezieht sich die Gruppe auf das Proletariat, das sie in ihrem Papier teilweise neu definiert (ArbeiterInnen und Arbeitslose, sowie Mittelschichtsangehörige, die sich in ihrem Verhalten eindeutig parteilich für das Proletariat zeigen).
Sexismus und Rassismus existieren für sie als Spaltungsmechanismen der ausgebeuteten Klasse. Diese müssen überwunden werden, um die Formierung einer einigen Klasse, die gegen ihre Ausbeuter kämpft zu gewährleisten. Wie das geschehen soll, steht in den Sternen, im Gegensatz zum Kampf der 'einigen Klasse' gegen die Ausbeuter, von dem die Gruppe genauere Vorstellungen entwicklelt. Ausgebeutete und die herrschende Klasse stehen sich relativ klar umrissen als gut und böse gegenüber. Wenig bis kein Wort zur inneren Befindlichkeit des Proletariats, dessen Rassismus, Kulturchauvinismus, Moral-und andere Wertevorstellungen, wo sich das Proletariat mit der ökonomisch herrschende Klasse die Hand reicht. Nichts zu sexuellen Mißbrauch an Mädchen und Jungen, zu Kindesmißhandlung, der proletarischen Männern (und auch Frauen) genauso eigen ist wie Vertreter(innen) anderer Klassen auch und viele Sachen mehr.
Inhaltlich also nicht besonders einschlagend das Konzept und für viele Frauen und Männer verständlicherweise inakzeptabel. Dazu kommt noch der martialische, etwas aufgesetzt wirkende, Sprachgebrauch der Gruppe, der auf keinen Fall notwendig wäre, um die Dinge krass auf den Punkt zu bringen.
"Klasse gegen Klasse" will mit ihren Aktonen die "Zerschlagung der proletarischen Bezirke" verhindern, auf die sie sich positiv beziehen. Erstens finden wir Kreuzberg keinen typisch proletarischen Bezirk. Kreuzberg wurde viel von der linken Bewegung der 70er und 80er Jahre, die relativ außerhalb des Proletariats stand, geprägt. Ein typisch proletarischer Bezirk ist für uns eher Neukölln.
Außerdem können wir mit dem Begriff "proletarisch" nichts **an sich** Gutes verbinden. Viele Formen und Ideale des proletarischen Lebens lehnen wir total ab. Wir kommen aus mehr oder weniger proletarischen Kreisen und haben an unsere Kindheit und unsere Umgebung keine unbedingt positive Erinnerung. Die Scheiße, die da gelaufen ist, können wir auch nicht dem Druck oder der Manipulation durch die Ausbeuterklasse zuschieben, sondern sehen darin andere Ursachen. Auch die sg. "kleinen" Frauen und Männer haben eigene Gründe und Interessen, warum sie gewisse Dinge tun und andere nicht, sie sind nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte der Ausbeutung und Macht.
Die Mißachtung der Freiheit, Eigenständigkeit und die fehlenden Wertschätzungen von Frauen, der Arbeits- und Familienethos, die rassistischen Hetze, und die für jede kleinste Verbesserung in Kauf genommene Zerstörung der Umwelt (z.B. der Autowahn), die uns überall in den proletarischen Kreisen begegnete, hat genauso dazu beigetragen, daß wir für Veränderungen kämpfen wollten, wie die Tatsache, daß hier Reiche auf Kosten von Armen leben und daß der Wohlstand der BRD insgesamt nicht ohne die Ausbeutung großer Teile der Trikontländer zu denken wäre (was unsere proletarischen Eltern auch nicht groß interessiert hat). Es geht nicht an, einige Formen der Ausbeutung und der Unterdrückung als die "grundlegenden" wahrzunehmen, die die Menschen in gut und böse aufteilen, während andere im gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Unterdrückung mal so eben nebenbei überwunden werden und nichts Trennendes zwischen den Menschen darstellen.

Keine Ahnung, warum ihr von "Klasse gegen Klasse", die ihr doch bestimmt zum Teil auch aus dem Proletariat kommmt, das alles nicht wahrnehmt. Vielleicht seid ihr behütet aufgewachsen und habt nicht den Haß gegen eure Alten, gegen die proletarischen Scheißstrukturen. Vielleicht können Jungen und Männer aus dem Proletariat es nicht nachvollziehen, wenn Mädchen und Frauen aus eben dieser Klasse nur noch reindreschen könnten, wenn sie an bestimmte Sachen aus ihrer Kindheit und Jugend denken, und wenn sie sehen, was heute noch in der Verwandtschaft abgeht. Es gibt wenig positives an den (um mit eurem Begriff zu reden) proletarischen Lebensstrukturen, das es wert wäre, verteidigt zu werden. Ihr steht dem kritiklos gegenüber, eure Politik bleibt, wenn sie diese Dinge nicht beim Namen nennt und verändern will, konservativ. Es geht vielmehr um die Zerstörung der ganzen Wertevorstellungen und um den Aufbau von anderen, neuen (von uns aus auch proletarischen) Lebensstrukturen.

Praxis von "Klasse gegen Klasse"

Praktisch war "Klasse gegen Klasse" in dem letzten Jahr sehr aktiv: Sie fackelten teure Bonzenschlitten ab, die in Kreuzberg rumparkten oder solche von regionalen Funktionsträgern, die für die Politik der Umstrukturierung verantwortlich waren. Ein weiteres Angriffsziel war der Wagen eines Rep-Spitzenkandidaten vor der BVV - Wahl.
Im Juni 93 führte 'Klasse gegen Klasse' eine Drohbriefaktion gegen privatmodernisierte DachgeschoßbewohnerInnen in Kreuzberg und gegen ihrer Meinung nach überteuerte Läden in der Oranienstraße durch.
Der private Dachgeschoßausbau ist erst in den letzten Jahren in Kreuzberg gestattet worden (Mieten bis zu 20 DM pro qm) und es war von vornherein klar, daß die bisherigen BewohnerInnen der Häuser diese Luxuswohnungen nicht finanieren können. Zu einem großen Teil werden sie auch gar nicht vermietet, sondern verkauft. Gegen diejenigen, die jetzt hier Eigentumswohnungen kaufen und in die teuren Dachgeschosse einziehen, haben eigentlich viele Leute was.
Blöderweise sind "Klasse gegen Klasse" einige Ungenauigkeiten unterlaufen (wie sie nachträglich selbst erklärten) und einige, die nicht bedroht werden sollten, bekamen den Brief trotzdem.
Diese Ungenauigkeiten und die martialische Sprache in den Drohbriefen ließ bei vielen große Zweifel aufkommen, ob sie sich mit Aktionen von "Klasse gegen Klasse" solidarisieren können und brachte die Gruppe in Mißkredit. So gab es auch aus autonomen Kreisen (von denen sich "Klasse gegen Klasse" abgrenzt) einen Haufen Kritiken, zu denen die Gruppe in der Interim Stellung bezog. Ihr Schreiben endet mit der Passage:
" die ablehnung gegen uns, die nun innerhalb der selber mittelschichtsdominierten autonomen scene laut wird, ist nicht nur wegen der ungenauigkeit der briefaktion verständlich. während wir die ober- wie auch die mittelschicht in kreuzberg als treibende kräfte der zerschlagung proletarischer lebensstrukturen sehen, betrachten teile der autonomen stadtteilkämpfer/innen vor allem die "bonzen" als eigentliche gegner im kampf gegen die umstrukturierung, die mehrheit des pseudoalternativen mittelschichtmilieus als potentielle verbündete. auch wenn unsere politischen einschätzungen in einigen punkten unterschiedlich sind, so stehen wir doch auf der gleichen seite der barrikade." Die Einschätzung gewisser Mittelschichten trennt 'Klasse gegen Klasse' mit eigenen Worten, von den Autonomen und nicht zuletzt die praktischen Aktionen, die sie von vielen ihrer politischen KritikerInnen vermissen (wie sie an anderer Stelle schreiben). So schlecht wir die theoretischen Ausführungen der Gruppe finden, so wenig, wie wir uns in der momentanen Situation auf den Kampf gegen die Umstrukturierung von Kreuzberg als Hauptthema einschwören können und wollen, mit ihrer Kritik an weiten Teilen der Autonomen hat die Gruppe recht. Es ist still geworden um die Autonomen, nicht nur in Kreuzberg.

Wie ernst sind die Parolen gegen die Umstrukturierung, Mietensteigung, Spekulation etc. gemeint?

Obwohl immer wieder und bei jeder Aktion gegen das Auerbach genauso wie gegen andere Nobel-Restaurants die Forderung aufgestellt wurde, daß das Lokal dichtmachen solle, hat es doch nie eine konsequente Praxis dazu gegeben, die den BetreiberInnen der Läden tatsächlich ihr Geschäft zerstört hätten ("Maxwell" war der einzigste Erfolg).

In allen Bereichen zu denen Autonome arbeiten werden politische Forderungen aufgestellt. Oft sehr deftige Parolen, die, wenn man sie ernstnimmt, einiges an Konsequenz bezüglich ihrer Umsetzung verlangen würden. ("Miethaie zu Fischstäbchen", "Spekulanten raus"). Vieles bleibt Verbalradikalismus. Meist fehlt uns die Stärke, diese durchzusetzen und unsere Angriffe bleiben Propagandaaktionen, die deutlich machen sollen, wogen wir unsere Agressionen wenden und wofür wir kämpfen.
Es ist natürlich nicht gerade motivierend, immer nur da- und dorthin zu pieksen, anstatt wirklich etwas durchzusetzen. Das zeigt sich schon allein daran, wie ausschweifend alle von den wenigen, kleinen materiellen Erfolgen schwärmen, die sie hier oder da mal miterlebt, bzw. erzählt bekommen haben.
Wenn irgendwie realistisch die Möglichkeit besteht, etwas durchzusetzen, was auf dem Weg zum Ziel liegt, dann sollten wir alles versuchen, um das zu tun.
Wir haben das Gefühl, daß zu viele Autonome sich schon mit ihrer Machtlosigkeit und ihren eingeschränkten Möglichkeiten abgefunden haben und gar nicht mehr in eine solche Richtung überlegen und daß zusätzlich die Ansprüche an eine Aktion, manchmal so dermaßen hoch gestellt werden, daß kaum noch etwas richtig und verantwortlich erscheint. Damit entfernen sich gestandenere Autonome bzw. Linke immer weiter von denen, die tatsächlich das Bedürfnis haben, sich gegen bestimmte Zustände zur Wehr zu setzen und dieses auch tun, die vielleicht auch autonome Postulate ernster nehmen, als sie wohl gemeint waren.

In den letzten Jahren hat sich Kreuzberg rasant verändert, und wir haben uns alle mehr oder weniger daran gewöhnt, zumindest die, die noch hier sind und nicht in den noch immer billigeren Ostteil der Stadt ausgewandert sind.
Trotzdem haben noch nicht alle aufgegeben, der Umstrukturierungsmaschinerie Einhalt zu gebieten. Außerdem wird nicht nur in Kreuzberg zerstört und vertrieben und sich dagegen gewehrt. So gab es in den letzten Jahren unter dem Slogans: "Verhindern wir die Olympiade in Berlin", "Oberbaumbrücke bleibt Stadtringlücke", "1 Millionen Sachschaden für jede Räumung",... immer wieder Aktionen gegen die Zerstörung der Kieze und die Vertreibung der ärmeren Leute,

beziehungsweise für den Erhalt von besetztem oder gemieteten Wohnraum. Auf einer gewissen Ebene sind diese Kämpfe schon immer Bestandteil autonomer Politik gewesen und als solche akzeptiert.
Wir haben jedoch den Eindruck, daß es in den Kämpfen zu den verschiedenen Themen gewisse Hierarchien gibt und ungeschriebene autonome Gesetze. Zum Beispiel, daß der Kampf der Umstrukturierung derzeit niedriger bewertet wird, als der gegen Rassismus (fällt nicht so richtig unter 3:1 ?) und das sich daraus auch ableitet, welche Mittel gebilligt werden. Im Falle "Auerbach" wird z.B. ein entschiedenes Vorgehen gegen die BetreiberInnen abgelehnt, das akzeptierte Niveau beläuft sich auf sog. "Schmunzelaktionen" wie z.B. "kübeln". Wäre eine Handganate in eine Behörde geflogen, die für die Abschiebung von Flüchtlingen verantwortlich ist, so wäre das eher auf Zustimmung gestoßen. (Vielleicht auch, wenn sie in ein Planungsbüro z.B. eines Kiezumstrukturierers geflogen wäre.)
Wobei wir schon bei einer weiteren für uns inakzeptablen Hierarchie wären: Angenommen, die Handgranate in die Abschiebungsbehörde wäre dann noch von den traditionellen RZ's geworfen worden, so hätte es kaum Bedenken gegeben, daß die Gruppe etwa unverantwortlich gehandelt habe und daß Handgranaten eh eine zu ungenaue Waffe sind. (mal ganz abgesehen davon, daß eine einzige Handgranate dort so gut wie nichts bewirkt hätte)
Bestimmte Mittel und Waffen sind im autonomen Denken untrennbar mit bestimmten Gruppen verbunden (z.B. scharfe Knarren mit der RAF, evt. noch RZ). Das erklärt sich schon allein daher, daß andere linke Gruppen hierzulande solche Waffen kaum benutzen. Soweit nachvollziehbar. Wir denken jedoch, daß diese Verknüpfung mittlerweile dazu führt, daß anderen Gruppen ein verantwortungsvoller Umgang mit solchen Mitteln abgesprochen wird, und daß es zu erheblichen Protesten kommen wird, sobald "Unbekannte" dazu greifen (denkbar in der derzeitigen politischen Situation, z.B. daß Gruppen sich gegen Faschisten stärker bewaffnen, mit Schußwaffen beispielsweise). Die aus der Ablehnung resultierende Entsolidarisierung liegt auf der Hand, und das fänden wir gefährlich.

Ein Grund der Ablehnung der Auerbach-Aktion liegt unseres Erachtens darin, daß "Kasse gegen Klasse" genauso wie anderen linken Gruppen eine verantwortliche und sinnvolle Verwendung von härteren Mitteln abgesprochen wird. Das finden wir falsch. Wir wollen, daß die Linke über Waffen informiert ist, daß Erfahrene die Anwendung für viele nachvollziehbar erklären und daß die Kriterien, die im Laufe der linken Geschichte mit dem Einsatz von bestimmten Mitteln erworben wurden, weitergegeben werden.
Daß sich irgenwelche Idioten bewaffnen und Scheißaktionen durchführen, können wir nicht verhindern, indem wir zu dem Thema schweigen.
Wenn wir tatsächlich politisch etwas erreichen wollen, ist es auch nicht sinnvoll, eine bestimmte Härte der Konfrontation in der BRD zwei Zusammenhängen (die es außerdem nur noch teilweise gibt) zu überlassen.

Auf daß mit einem freieren Kopf an neue Mittel und Möglichkeiten herangegangen wird, in alle Richtungen.

Es grüßt die Frauengruppe
"Banane gegen Banane"

Glosse aus der Gosse

Zwei gute Gründe für... Klasse gegen Masse

Schweinebraten mit Knochen

Gehacktes vom Rind vom Schwein oder Hackepeter

Liebe Klasse gegen Klasse,

mir knurrt der Magen. Da geht die Liebe durch und auch der "Klassen-"Haß.
Das mit dem Auerbach fand ich nicht so schlimm, weil, da bin ich eh nicht mehr essen gegangen. Ich fand, für das Geld schmeckt es gar nicht soo gut. Wenn ihr auch *darüber* sauer seid, dann hättet ihr euch ja einfach nur den Koch vorknöpfen können: Kocht Wachteln ohne Rosenblätter, ahistorisch undia leck tisch. Während vom ambjente her, da war die Verglasung schon schön. Ist Geschmacksache, zugegeben.
Gerade was das Essen anbelangt ist vieles Geschmacksache. Die einen sind mehr Geniesser, Guurmees, die andern stehn mehr auf Masse als Klasse und schnell muß es gehn.
Also, ich z.B. ärger mich viel mehr über den proletarischen Burger King da beim Ex um die Ecke. Ich mein, billig ist der zwar nicht, aber wirklich fast und vor allem die Kreuzberger Proleten, die darin speisen. Ihr kennt sie, die nehmen kein Blatt vor den Mund, wenns um den Klassenfeind geht. Was habn die gejuxt, als sie von eurem Knall bei dem Juppi-Schuppi hörten. Der Chef hat ne Runde Ketchup geschmissen. Mit denen ist nicht gut Döner essen.
Wär ich mir da nicht so sicher, daß ihr dort gern in der Klasse schwimmt wie die Fritten im Fett, könnt ich mich glatt mal vergessen, und bei meinen Nachhause-Weg denen gegen den Türpfosten pinkeln. Das ist nun nicht gleich eine "erste Ananas", wie seinerzeit bei Fred, aber ihr habt ja auch mal mit kleiner Scheiße angefangen.



1 kg 5.99

Bevor ich jetzt ins Schwadronieren komm, worüber ich mich so geärgert hab, daß ich jetzt auf meinen laptop einsichele, und mir einen pichele, das war der Italiener, der Laden da mit der Taschenlampe.





Jedenfalls, es gibt keinen, der so trockenen Montepulciano d`Abruzzo hat; und so richtig gut schmecken tut der erst zu den eingelegten Artischocken-Herzen, ganz köstlich. Das ist der diskrete Charme der B..:
Jetzt, wo ich selbst in der Krise..., die geht ja nun auch an uns mittelständischen Autonomen nicht spurlos vorrüber, (im Gegensatz zu dem, was es immer heißt, aber das sind glaub ich nur die ganz Großkopfeten, die damit wirklich absahnen. In meinem Bekanntenkreis ein einziger). Also in dieser krisengeschüttelten Zeit da kann ich nicht mehr so oft auf unser Landgut in der Toskana fahren (was wir mit dem gesparten Geld von den proletarischen Einklaufaktionen, Gebrüder Manns, wißt ihr noch... naja, das hat uns die Ökobank gut verzinst gehabt). Da hat der Italiener die Artischocken nämlich her, und nun, wenn ihr ihm das Licht ausknipst, einfach so, schon vor dem unendlichen Finale, dann ist vorbei mit lustig.
Weil Bundesliga ohne Parmaschinken ist wie Kreuzberg ohne Klasse.
Ich will euch nicht korrumpieren, aber mein Tip, nach dem näxten Anschlag, wenn alles getan ist... solltet ihr euch auch mal einen Prosecco (so ein italienischer Schaumwein) gönnen, nicht nur ne Dose Schulli. Die Klasse in Ehren, aber Kochen war auch historisch immer eine Waffe im Geschlechter- (und Geschwister)kampf, das ist die bittersüße Lehre aus der Schokolade. Oder haltet ihr es mehr mit Mao, der zurecht fragt, warum eßt ihr, wenn ihr scheißt?

Federico

---

norbert hofmeier, knast bochum
29.1o.93

hallo, liebe irmgard, auch hanna u. christine

ehrlich gesagt, hätte ich nicht erwartet, daß ihr so einen brief von brigitte (FR 28.1o.) unterstützt.
ich habe bisher gedacht ihr hättet eine gewisse souveränität gegenüber den cellern aber auch den andern und würdet mal sagen, so, jetzt mal stop mit diesen unterstellungen, alleingängen, ausgrenzungen, anpissereien, - es gibt jetzt nur eins, eine inhaltliche, auch öffentliche und nachvollziehbare auseinandersetzung.
denn so hatte ich gabi (rollnick) verstanden in ihrem beitrag auf der demo in lübeck:
"...politische identität bedeutet auch, angstfrei und souverän neue wege suchen zu können und aus den fehlern zu lernen. es ist sicher einfacher, an prinzipien festzuhalten, als gegen die konventionen (...) zu denken und zu handeln oder auch nur bisherige denk- und handlungsweisen in frage zu stellen, experimente zu wagen, erfahrungen zu sammeln (...) damit sollen nicht kriterien über bord geworfen werden, sondern im gegenteil ginge es darum, ihre gültigkeit zu diskutieren, zu überprüfen und neu festzulegen..."
ich dachte eure position sei ähnlich nach dem was ich von euch kannte - ich verstehe euern schritt nicht, ich finde doch ziemlich opportunistisch.
denn wenn "..in frage gestellt, neue wege gesucht.." wurden, dann kam es doch noch am ehesten von den cellern, illegalen,...oder ali/bernhard/ michi oder auch euch, dachte ich.
sicher mit fehlern, und dieses "durchziehen" ist sicher nicht o.k. - das ist aber nicht so neu, ich denke nur mal an diese erklärung von k.h. vergangenes jahr. das ist diese art des "politik- machens" - die habt ihr glaub ich alle gleichermaßen drauf!
(diese totschlagargumentationen gegenüber leuten draußen, z.b. den tübingerInnen, feministinnen...; oder wie versucht wird ne linie durchzudrücken...)
ich verstehe überhaupt nicht, warum jetzt jeder anlaß dafür herhalten muß um (mal wieder) einen sog. schlußstrich zu ziehen.
brigittes brief macht mir den eindruck, als seis vor allem darum gegangen dem brief von helmut und den ausgrenzungen (und es soll ja

noch so ein meisterwerk geben von christian) nochmal so richtig nachdruck zu geben, zum durchbruch zu verhelfen.

es ist doch so, daß einigen diese ganze richtung mit dem "...offenen raum für diskussion...kritischer reflexion...neubestimmung...usw" sowieso grundsätzlich von anfang an nicht gepaßt hat.
wenn das wirklich ein ernsthaftes interesse war, dann frag ich mich, warum wurde denn dann keine inhaltliche kritik vorgebracht? wo waren eigentlich die diskussionsbeiträge, die kontroversen standpunkte?
wann ich dann jetzt lese, daß es manche gibt, die "..schon alles gewußt" haben im letzten jahr, daß es angeblich den cellern, illegalen nicht um neubestimmung radikaler politik ging, sondern um: "...schritte in die anpassung und entpolitisierung,...daß die grundlagen unserer politik weggekippt wurden..", wenn ihr " die entwicklung in die politische agonie, die 92 anfing..." schon vorhergesehen habt, verstehe ich umso weniger, daß ihr jetzt erst damit herauskommt.
wolltet ihr erstmal abwarten was rauskommt in richtung "lösung für alle..." - um dann , wenns nichts wird, abzurechnen?

ich meine, ohne diese ehrliche bereimtschaft - (siehe gabis beitrag) gehts einfach nicht, und das setzt natürlich voraus, auch mal widersprüchliche positionen auszuhalten, ohne sie gleich als "friede mit dem system", "versöhnung", "counter" oder sonstwas zu bekämpfen.
von euern verschwörungstheorien (gegen die celler, birgit, illegalen) halte ich überhaupt gar nichts.

ich war ja nicht in der raf, drum sehe ich das ein stückweit mehr von außen. für mich steht aber fest, daß es letztendlich nicht anders geht, als daß die politik und praxis (einschätzungen, strategie, usw) nur von denjenigen entwickelt werden kann, die sie als ihre eigene sache auch machen.
dazu möchte ich auf die tupamaros verweisen, sie haben ihre diesbezüglichen erfahrungen aufgeschrieben. (und sicher gibt es auch erfahrungen aus der geschichte der raf; da kann ich aber nichts zu sagen)
wenn es jetzt in brigittes brief gegenüber den illegalen heißt, ihr habt"unsere politik weggekippt" - finde ich das politisch daneben; und wenns als verschwörungstheorie daherkommt - "verrat" an was denn?
an einer "historischen mission", einem "politischen vermächtnis", an einer "moralischen verpflichtung", oder was?
(ich hab da auch immer so ein ungutes gefühl, wenn ich lese:
...unsere geschichte, 23 jahre revolutionäre intervention in der metropole, ungebrochen durch knast, folter, durch alle niederlagen siegreich hindurchgegangen... -
aber gehts denn nicht auch immer um eine lebendige weiterentwicklung? versuchen die illegalen das denn nicht?)

so oder so, möchte ich dem entgegenhalten, daß die illegalen ihre verantwortung für die gefangenen sehr ernst genommen haben und nehmen - für was ist wolfgang denn krepiert? - etwa auf dem "weg zum deal" !?!
ich finde diese art der auseinandersetzung wirklich nur finster - von souveränität erst gar nicht zu reden.
jedenfalls werde ich solche ausgrenzungen, anpisserei nicht unterstützen.

soviel für heute, und viele grüße euch von stefan

p.s.
noch eine etwas zugespitzte anmerkung, ja !?!

"...bruch mit dieser hinterlassenschaft...", lese ich bei brigitte.
muß ich jetzt damit rechnen, wie schon anläßlich der ddr-aussteigerInnen daß ihr irgendwann enthüllt, daß die alle: celler, birgit, illegalen... sowieso nie so richtig raf gewesen seien ?!?
und draußen; ist jetzt angesagt sich kräftig zu distanzieren von den bösen verführerInnen und verschwörerInnen um dann gnädig wieder aufgenommen zu werden ?!?

(dieser brief kann auch weitergegeben, öffentlich gemacht werden. R.)

Verraten und verkauft, was haben wir damit zu tun ?

"Ich habe jetzt natürlich die Frage an GenossInnen, vor allem aus Wiesbaden, die ihn lange kannten,ob sie ganz andere Erfahrungen mit K.S. gemacht haben als die , die ich hier kurz geschildert habe.... Worauf basiert Euer Vertrauen, wenn Ihr ihn noch am 9.7.93 in einem Infoladen-Flugblatt vor angeblicher Denunziation schützen wollt? Ist eigentlich seine ganze Rahmengeschichte wahr? Der Bauernhof der Eltern in der Pfalz? Der Selbstmord des Vaters? Seit wann hat er seine Spitzeldienste geleistet - hat das schon während seiner Zeit in Kaiserslautern angefangen? War er durch die drohende Haftstrafe bei dem Einbruch weiter erpreßbar geworden, sein Spitzellohn - die Umwandlung des Urteils in Bewährung? Oder hat er tatsächlich nur das Geld gewollt?
Ich finde es liegt ganz entscheidend bei Euch, die Fehler, die zu Klaus Steinmetz gelaufen sind, so aufzuarbeiten und öffentlich zu machen, daß es mit den übrigen Geheimdienstspitzeln, die in linken Zusammenhängen Fuß fassen konnten - ich gehe davon aus, daß es sie gibt - nicht zu weiteren schmerzhaften Erfahrungen kommen kann." (aus einem Brief von Birgit Hogefeld, TAZ vom 22.7.93)

Diese Fragen sollen in Erinnerung gerufen werden, weil ein wesentlicher Teil von ihnen nach wie vor nicht beantwortet ist. Es liegt in der politischen Verantwortung derjenigen, die über lange Jahre mit Klaus Steinmetz Kontakt hatten oder mit ihm zusammengearbeitet haben, die Umgangsweisen, die seine jahrelange unentdeckte Spitzeltätigkeit mit ermöglicht haben, öffentlich zu machen, um sie genau diskutieren zu können.

Dazu muß geklärt und erklärt werden, was nun wirklich gewesen ist, müssen die Widersprüche zwischen den verschiedenen Stellungnahmen ausgeräumt werden.

Uns sind zur Zeit drei öffentliche Texte zu dem Komplex Klaus Steinmetz bekannt:
1. die Veröffentlichung einer Recherchegruppe aus Wiesbaden (am 12.8.93 in der Interim erschienen),
2. ein Interview in der Arranca (erschienen im Oktober 93)
3. eine Stellungnahme von GenossInnen aus Kaiserslautern und Saarbrükken (Interim vom 21.10.93)

Recherchegruppe Wiesbaden

zu1.) Die Stellungnahme der Recherchegruppe aus Wiesbaden beschränkt sich im wesentlichen darauf, den für sie rekonstuierbaren Teil der Entwicklung nach Bad Kleinen chronologisch darzustellen. Zu der Vorlaufgeschichte, d.h. der Zusammenarbeit und dem Zusammenleben mit Klaus Steinmetz, den Erfahrungen im Alltag mit ihm..., wird nur mitgeteilt, daß sie sich lange kannten, Steinmetz zum Teil länger politisch aktiv war als ein großer Teil der heute Aktiven, seine Biographie bekannt und überprüfbar war, er also keine Legende vom Verfassungsschutz erhalten hat. Nicht dargestellt wird was dieses genaue kennen heißt, ob und welche Schwierigkeiten und Probleme im Umgang mit ihm auftauchten. Auch wenn dies aufgrund der subjektiven Überraschung und Erschütterung zu dem damaligen Zeitpunkt verständlicherweise nicht zu leisten gewesen ist, ist es aber heute umso notwendiger, daß sich die Betroffenen öffentlich dazu äußern.

Arranca-Interview

zu 2.) In dem Interview in der Arranca beschreibt ein einzelner zum Teil sehr detailliert charakteristische persönliche Verhaltensweisen von Steinmetz, wie z.B. seine ausweichende Art, sein dauerndes Ausweichen vor Konflikten, seine unkontinuierliche politische Arbeit und seine "Statistenrolle" in festen politischen Gruppen.
Gleichzeitig werden aber auch Fakten benannt, wobei aber nicht deutlich wird, ob diese Fakten Ergebnis einer nachträglichen Nachforschung sind oder ob sie zumindest einigen aus der Szene die ganze Zeit bekannt waren.

GenossInnen aus Kaiserslautern und Saarbrücken

zu 3.) In der Stellungnahme von GenossInnen aus Kaiserslautern und Saarbrücken teilen diese mit, daß ihnen erst aufgrund von aktuellen Recherchen bekannt geworden ist, "daß Steinmetz 1983 vom VS angequatscht worden sein soll." Damals soll er gegenüber Leuten aus dem ASTA geäußert haben, "daß er sich mit dem VS treffen wolle ´um etwas aus denen raus zu kriegen´." Darüberhinaus betonen sie, daß Steinmetz bis Ende 1984 zu den wenigen GenossInnen, die die Kontinuität des antiimperialistischen Widerstandes in Kaiserslautern verkörperten, keinen Kontakt hatte. Wegen einer Veranstaltung im Januar 1985 zum Hungerstreik der politischen Gefangenen, wird ein 129a-Verfahren eröffnet und Anfang 1987 ein Prozeß durchgeführt in dem Steinmetz als Zeuge auftaucht. Während dieser Zeit gibt es sporadischen Kontakt zu Steinmetz, auch als er im Juni 1985 nach Mainz zieht, z.B. im Herbst 1985, als Steinmetz auf eine Vorladung der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz ohne Anwalt hingehen will und vorhat "sich an nichts mehr erinnern zu können."
"Dort war er dann mehrere Stunden im Verhör, von dem ganzen Vorgang existieren 10 Seiten Aussagen. Nachdem er aus dem Verhör rauskam, sagte er uns, daß er anfangs gesagt habe, er werde keine Aussage machen...."
Nach einer Drohung mit Beugehaft "habe er sich dann doch darauf eingelassen ´unwesentliche Aussagen´ zu machen. In unseren Kontakten zu Steinmetz zu dieser Zeit ging es deshalb auch immer wieder um die einundselbe Frage: Was es politisch/praktisch heißt, hier um Veränderungen, um Umwälzungen zu kämpfen, und welche Bedeutung es hat, darin von sich aus zu kommen, einen klaren Trennungsstrich zu den Herrschenden zu ziehen."
Daß Steinmetz zu dem Prozeß 1987 mit Rechtsanwältin kam und die Aussage verweigerte, "haben wir in dieser Begrenzung als Veränderung wahrgenommen, die jedoch äußerst formal verlaufen war."
Die Ungenauigkeit im Umgang mit Repression und Justiz, die sich darin ausdrückt, findet sich auch heute noch in ihren Aussagen wieder: "Die wesentliche Frage danach, ob der Verrat zu verhindern gewesen wäre und in Zukunft zu verhindern sein wird, ist eine Frage nach unseren politischen und sozialen Zielen sowie deren Spuren im gemeinsamen Kampf um Befreiung. (Spuren, die dort materiell werden müssen, wo wir uns zusammen organisieren und handlungsfähige Strukturen aufbauen wollen.)"
So heute. Der konkrete Umgang mit anderen Menschen, z.B. bei einer Vernehmung oder aber auch in anderen Situationen scheint keine Rolle zu spielen, solange sich nur das hehre Ziel des "Kampfes um Befreiung materialisiert". Die politische Verantwortung reicht auch nicht über den eigenen Kreis hinaus, oder wie ist es sonst zu verstehen, wenn die Aufforderung aus dem Arranca- Interview "sie hätten die Aussagebereitschaft und das Verhörverhalten von Steinmetz in die Wiesbadener Zusammenhänge tragen müssen" beantwortet wird mit der Gegenfrage und Be-

gründung "wie er (der Interviewte) sich die Bedeutung dieses Vorgangs vorstellte, da uns zur Zeit des Verhörs und auch später kein politischer Zusammenhang mit Steinmetz verbunden hat."

Uns sind folgende Widersprüche aufgefallen:

	Angaben aus dem Interview in der Arranca	Angaben von den GenossInnen aus Kaiserslautern
1983	in einer ASTA-Gruppe der Universität Kaiserslautern erklärt Steinmetz, daß er eine Verfassungsschutzwohnung kenne. Als sein Vorschlag, an dieser Wohnung eine Gegenobservation zu machen, abgelehnt wurde, versucht er es im Alleingang. "Dabei wurde er erwischt, aber der VS verlangte nach Klaus Aussage nichts weiteres, als ihm den Film abzunehmen."	wird hier nicht erwähnt
1983	wird hier nicht erwähnt	Steinmetz wird vom VS angequatscht und will sich mit ihm treffen,"um etwas aus denen raus zu kriegen"
1983	wurde Steinmetz in einem 129a Verfahren in Kaiserslautern von einem Staatsanwalt stundenlang vernommen. Er soll darauf bestanden haben ohne Anwalt dorthin zu gehen. Was er in dem Verhör gesagt hat ließ sich offensichtlich damals nicht herauskriegen.	wird hier nicht erwähnt
1985	wird hier nicht erwähnt	im Herbst wird Steinmetz von der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz als Zeuge vorgeladen, besteht darauf ohne Anwalt dorthin zu gehen, wird mehrere Stunden vernommen, von denen 10 Seiten Protokoll existieren sollen, und erklärt anschließend, daß er nur "unwesentliche Aussagen" gemacht habe.
1985	hat Steinmetz bei einem Treffen zum Thema Ansprechversuche vom Verfassungsschutz geäußert, daß er sich zum Schein anwerben lassen wolle.	wird hier nicht erwähnt
1987	wurde Steinmetz bei einem Einbruch erwischt, kam in den Knast und wurde in den ersten beiden Instanzen zu 18 bzw 15 Monaten ohne Bewährung verurteilt, in der dritten Instanz kam er schließlich auf Bewährung raus.	wird hier nicht erwähnt

Zu diesen, teils sehr unterschiedlichen Angaben haben wir folgende Fragen:

- Werden damit jeweils unterschiedliche Ereignisse angesprochen oder liegen Erinnerungsmängel den verschiedenen Angaben zugrunde?
- Hat Steinmetz unterschiedlichen Leuten unterschiedliche Geschichten erzählt?
- Warum können die recherchierenden Gruppen dies nicht untereinander und mit den damals Beteiligten abklären?
- Steinmetz hat auffallend oft das Thema Verfassungsschutz angesprochen. Hat er dieses Thema im Zusammenhang mit seiner Person noch öfter eingebracht und warum wurden offensichtlich keine Auseinandersetzungen darüber geführt?

Fragen, Fragen und wenig Antworten

Wir gehen davon aus, daß sich in dem Umgang mit Klaus Steinmetz und in dem Verhalten zu ihm eher allgemeiner Szenestil wiederspiegelt.
Sicheren Schutz gegen Spitzel gibt es genausowenig, wie es rezeptartige Kriterien für ihre Enttarnung gibt. Dennoch denken wir, daß ein besserer Schutz vor Spitzeln nur über eine persönlichere Auseinandersetzung zu erreichen ist. Gerade dazu ist aber eine Diskussion folgender Fragen notwendig.

Wie wenig sind wir in der Lage einen genaueren Umgang miteinander zu entwickeln? Dieser wird zwar immer wieder nach solchen Ereignissen eingefordert, aber niemand kann definieren was damit eigentlich gemeint ist und daher bleibt es in der Regel bei dieser Aufforderung stehen. Wie wenig sind wir in der Lage bei auftauchenden Problemen nachzufragen oder Konflikte anzusprechen und solidarisch auszutragen? Wieso fällt uns das in engen Beziehungen besonders schwer? Wie oft, haben auch wir mit Loyalitätskonflikten zu kämpfen und gehen deswegen Konflikten aus dem Wege? Wie schnell begnügen wir uns mit ausweichenden Antworten? Wie oft wird dabei konspiratives Verhalten vorgetäuscht, um einer Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen und sich dabei gleichzeitig noch das Gefühl von "Wichtigkeit" zu verschaffen? Wie schnell wird jemand durch ein längeres "dabei sein" schon fast nicht mehr hinterfragbar? Was für hierarchische Denkstrukturen und Verhaltensmuster, die wir doch eigentlich alle ablehnen und bekämpfen, verbergen sich dahinter? Wie unverbindlich und unkontinuierlich sind unsere Zusammenhänge? Sind nicht viele unserer engeren Vertrauensverhältnisse das Resultat eines szenetypischen und szenekonformen Verhaltens gepaart mit dem "richtigen" Outfit als daß sie auf realen gemeinsamen Erfahrungen und Auseinandersetzungen beruhen? Wie sehr machen auch wir das Funktionieren im Rahmen unserer jeweiligen Ziele oder Vorstellungen zu einem entscheidenden Kriterium?

Erst nach dem Verfassen dieses Artikels, haben wir von dem "Brief an die Verratenen", Swing, Oktober 93, Seite 14ff erfahren. Darin werden unserer Meinung nach sehr ähnliche Fragen formuliert. Wir wollen hier nur einen Satz, der es auf den Punkt bringt zitieren:
"Der Verräter verrät uns etwas, was wir uns nicht gerne konkret und von Nahem anschauen: die Hohlheiten unseres linken Zusammenhanges, die großen uns kleinen Lügen unseres "revolutionären Alltags", daß mehr geglaubt als gesehen, gehört und gefühlt wird, daß mehr gesagt als gelebt wird."

Untergruppe Verfassungsschutz, Ermittlungsausschuß Berlin

Anwältinnenbüro
Anke Brenneke-Eggers · Ursula Ehrhardt

Presseerklärung

zu angeblich geplantem "kollektiven Selbstmord als demonstrativer Akt" von Gefangenen aus der RAF

Die Gefangenen aus der RAF in Lübeck Irmgard Möller, Christine Kuby und Hanna Krabbe sind seit heute abend unter ständige Bewachung und Beobachtung gestellt worden.

Dies wird vom Justizministerium von Schleswig-Holstein mit Informationen des LKA Baden-Württemberg begründet, welches angeblich Hinweise darauf habe, Gefangene aus der RAF würden für den 11.11.93 einen "kollektiven Selbstmord als demonstrativen Akt" planen. Es soll um die Gefangenen gehen, die die Erklärung von Brigitte Mohnhaupt vom 28.10.93 unterschrieben haben.

Wir wissen von unseren Mandantinnen und den Verteidigern und Verteidigerinnen der anderen Gefangenen, daß diese keinen Selbstmord planen und nicht selbstmordgefährdet sind. Das ist auch dem Staatsschutz durch die Überwachung der Gefangenen bekannt.

Wir begreifen die Vorgänge als Drohung gegen das Leben der Gefangenen und wir müssen es so begreifen. Das Scenario erinnert an den Tod der Gefangenen in Stammheim 1977, dem auch Gerüchte über angebliche Selbstmordabsichten vorausgingen. Der Versuch, eine Tötung als Selbstmord zu deklarieren, ist auch durch die Vorgänge um den Tod von Wolfgang Grams gerade aktuell.

Für die Gefangenen in Lübeck, insbesondere für Irmgard Möller, die die Nacht des 18.10.77 in Stammheim als einzige Überlebte, bedeuten diese Unterstellungen und die damit begründeten Repressalien gegen sie Bedrohung und Terrorisierung. Wir fürchten auch um die Gefangenen in anderen Gefängnissen, über die wir nichts wissen.

Weggedrückt, aber immer noch da!

Es ist wirklich übel, wie das Verhalten, bzw das nichtverhalten der sog Autonomen vor allem in Berlin zum Ausbeutungs und Gewaltverhältnis von Erwachsenen gegenüber Kindern ist. So was scheint es innerhalb der Szene nicht zu geben, oder es wird schlichtweg geleugnet.
In kaum anderen Umständen werden Kinder brutaler in die gesellschaftlichen Machtverhältnisse reingepresst und durch sie ausgebeutet, als beim sexuellen Mißbrauch.
Die Diskussion dazu gabs nicht oder nur kurzen und heftigen Schlagabtausch und dann wurde sie aus Angst vor größerem Streit ganz schnell wieder unter den Familienteppich gekehrt.

So blieb es inhaltlich äußerst oberflächlich und ohne Ergebnisse und Konsequenzen, eigentlich hat es alles nie gegeben, alles ist friedlich wie vorher.

Zur Zeit sucht die Indianerkommune, (wird in Pädoliteratur als die aktivste pädophile Gruppe in der BRD bezeichnet) in der Szene um Unterstützung für einen Typen von ihnen, der wg sexuellen Mißbrauchs anklagt wurde, und bekommt sie von manchen noch.
Antifablätter benützen nackte Kinder auf den Titelseiten als Blickfang, kaum jemand fällt dabei was auf.

Manche reagieren vielleicht noch, wenn ein Erwachsener, ein Kind mit Gewalt sexuell mißbraucht und oder vergewaltigt.

Was ist dann, wenn Erwachsene behaupten, daß die Kinder auch dann Spaß an Sexualität mit ihnen hätten, sie keine Gewalt bräuchten, sie dazu zu bringen.

Es gibt aber in dieser real existierenden Gesellschaft Gründe, auch wenn Kinder sich nicht offensichtlich wehren, Sexualität mit ihnen immer noch Mißbrauch ist. Denn Kids haben nicht den gleichen Infostand, wie Erwachsene. Auch wenn sie wissen, was Erwachsenensexualität körperlich bedeutet, heißt dies noch lange nicht, daß sie die soziale Tragweite sexueller Beziehungen erfassen können. Sie wissen nicht, wie eine solche Bezeihung normalerweise abläuft, können nicht überblicken, auf was sie sich einlassen.

Außerdem sind Kinder auf die Zuneigung und Liebe Erwachsener angewiesen. Sie sind emotional von Erwachsenen abhängig. Es wird ihnen mit meist übelsten Mittel beigebracht Erwachsenen zu gehorchen, sie sind auch rechtlich von ihnen abhängig. So besteht einfach zwischen Erwachsenen und Kindern ein strukturelles Machtgefälle. Kinder können aufgrund von fehlenden Kentnissen und fehlender Macht also nicht als gleiichberechtigte Partner sexuelle Kontakte mit Erwachsenen ablehnen oder ihnen zustimmen.

Die erwachsenen Täter nutzen ihre Macht und überlegenheit aus, um ihre eigenen Bedürfnisse auf Kosten der Kinder zu befriedigen. Kinder werden zum Sexualobjekt gemacht. Deshalb ist jeder sexuelle Kontakt zwischen Kindern und Erwachsenen sexueller Mißbrauch.

Diese sexuelle Ausbeutung wird auch nicht mit Hinweis, daß ja auch in jeder Heterokiste ein Machtgefälle drin ist, weniger oder verständlicher oder für die Kinder erträglicher.

Ein beliebtes Spiel von Pädos ist es auch die Sexualität so weit zu definieren, daß jeder körperliche Kontakt von Menschen darunter fällt. So wird dann versucht Anmache und sexueller Mißbrauch mit körperlichem Kontakt zwischen einem Erwachsenen und einem Kind, an dem sich der Erwachsene nicht aufgeilt, gleichzusetzen.

Falls Erwachsene es endlich unterlassen sollten ihre Sexualität Kindern aufzudrücken, heißt dies noch lange nicht, daß Kinder keine Sexualität haben, oder diese nicht einvernehmlicht mit anderen Kindern leben dürfen. Nur Erwachsene haben dabei nichts zu suchen.

Doch wenn die ausgebeuteten Kinder nicht in der Lage sind laut, deutlich und szeneverständlich zu schreien, gehen wir doch mit unsern erwachsen Freunden auf ne Demo. Solange sie nicht Steine aus der 10 Reihe werfen, interessiert mich nicht was sie mit Kindern machen.

Mir reichts jetzt auch, wer noch weiter was nachlesen will:
Ray Wyre Und bist du nicht willig die Täter
Ron O'Grady Gebrochene Rosen
Dirk Bange Die dunklen Seiten der Kindheit,
sonst Zartitter, von Ursulsa Enders, Trotz Allem und Jos van den Broek Verschwiegene Not: Sexueller Mißbrauch an Jungen..

Gustav



POLEN - REIHE
'Situation von Frauen in Polen
und Polinnen in der BRD'
Ewa Baranska
25. Nov. 20.00 Uhr
Ort: KAA 14 Kurfürstenstr. 14 10785 Berlin
DI -23.NOVEMBER im SO 36 19 30 uhr
'DAS FOTO WIRD SCHREIEN'
FILM ÜBER JOHN HEARTFIELD VON 1991-
ZU SEINEM 100. GEBURTSTAG (45 min),
von MAJA ULLRICH und
KONRAD HERRMANN
Sein leidenschaftliches Hobby war die Schmetterlingskunde: Vladimir Nabokov
Das neue >Model Deutschland<- die Umwälzungen seit dem 9.November 1989. Seminar am 20./21. November
Faschistische Untriebe!
Rassistische Überfälle !
Das ist mittlerweile trauriger Alltag. In einem Gemeinschaftsprojekt der Antifa Prenzlauer Berg und den Edelweißpiraten Berlin wurde eine
Antifaschistische Ausstellung
erstellt. Im ersten Teil soll aufgeklärt werden über dieStrukturenund Ziele der Faschisten im Prenzlauer Berg.
Im Zweiten Teil informieren die Edelweißpiraten Berlin über sich und ihre Arbeit.
Die Humanistische Partei
die Ausstellung ist zu sehen:
zur Zeit und bis zum 03.12.1993 Haus der PDS, Waydinger Straße, 10178 Berlin, Nähe U-Bahn Rosa-Luxenburg-Platz
06. bis 21.12.1993 in der Umweltbibliothek Berlin, Schliemannstr.22, 10437 Berlin, Di - Fr. ab 21.00 Uhr
03. bis 14.01.1994 in der Dimi 81, Dimitroffstr.81, 10405 Berlin
ab 17.01. im el locco, Kreuzbergstr.43, 10965 Berlin, Di+Mi 13-24Uhr und Do-So 16-24 Uhr
Ort: LAZ Crellestr. 22 10827 Berlin (U7 - Kleistpark)
...tiFa-Cafe-Wedding
...er Putte, Osloerstr.12, 2.HH, 2.Etage
...lme + Vorträge + Diskussionen
21.11.: Info- und Diskussionsveranstaltung
Antifaschistische Perspektiven 94'
5.12.: "Die Wahrheit liegt in Rostock"
Filmische Analyse des Pogroms von Rostock 1992
Anschließend Diskussion
19.12.: Infoveranstaltung der "Roten Hilfe"
"Terroristen fliegen raus!"
Auslieferungsrecht und politische Sonderjustiz in Europa am Beispiel Kemal Altun und Gerry Hanratty
Café + Broschüren + Bücher
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat jeweils ab 17 Uhr
ANTIFA - SOLIFETE
20. 11. 93
ab 19 30 im Tommy-Weißbecker-Haus Wilhelmstr. 9 Nähe U-Bhf.-Hallesches Tor
FETE PARTY
Bands, Infos,
Videos, Essen....
Eintritt 5 Mark
INFOTELEFON
ANTIFA-KNASTKASSE
HILFE! Wir suchen noch ganz dringend eine tolle Band, die für umsonst da spielen mag.
Bitte melden, Fr. o. Sa. ab 16 Uhr unter 2512277

DEMO 20.11.93

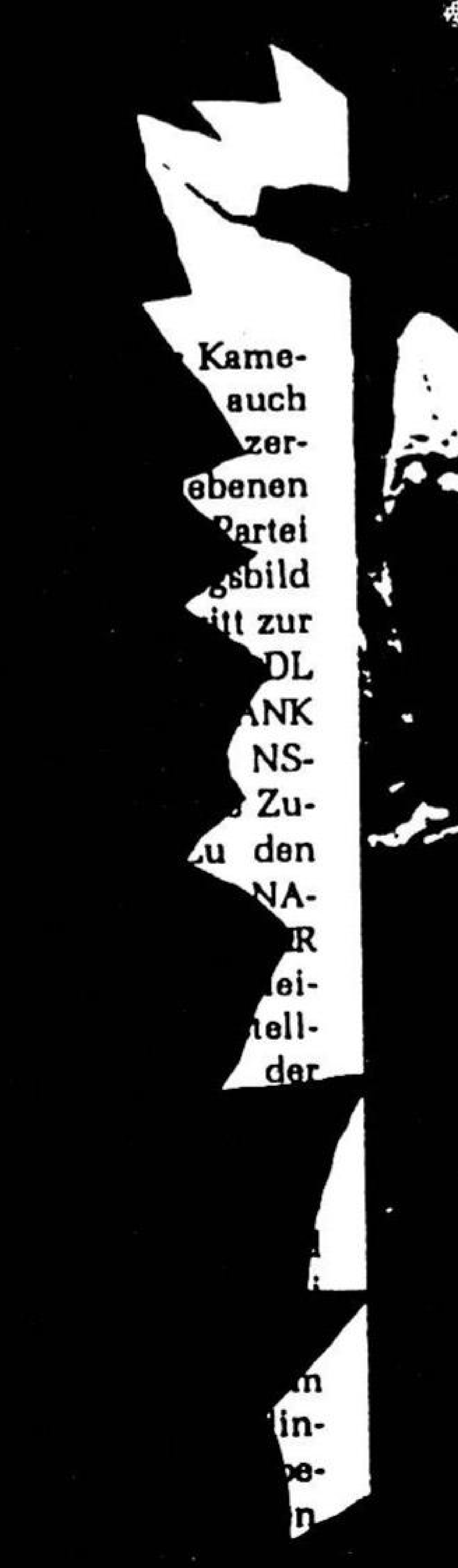
SPANDAU-RUNDSCHAU

Staatsschutz ermittelt nach Terror von Rechtsextremen

12⁰⁰

Rathaus Spandau (U7)

Kein Platz für Neonazis in Spandau & anderswo



Schaut nicht weg, greift ein!

Es wird noch eine VV im Mehringhof geben. Achtet auf Infos!

V.i.S.d.P. B. Leiberecht, Streitstraße Nr. 16, 1993 Grundgesetz